

Publikations-Jahrbuch

09 | 2020





Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Freunde,

unter der Federführung von Josias Terschüren, dem Direktor unseres Hauptstadtbüros hat sich der publizistische Output der *Initiative 27. Januar* enorm entwickelt – und das sowohl in der Qualität, als auch in der Quantität. Seine wachen, scharfen und von großer Sachkenntnis geprägten Analysen und Kommentare helfen dem Leser dabei, die hoch-komplexen Prozesse und Zusammenhänge im Nahen Osten aus einer deutschen Perspektive zu erfassen und zu verstehen. Um ihnen diese wertvollen Texte in kompakter Form an die Hand zu geben, wollen wir ab sofort eine neue Tradition beginnen:

Immer zum jüdischen Neujahrsfest Rosch ha-Schana werden wir ein Publikations-Jahrbuch herausbringen, das zusammenfasst, was die *Initiative 27. Januar* im Vorjahr veröffentlicht hat.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und viele Aha-Momente.

Herzlichst, Ihr

l alus

Harald Eckert

1. Vorsitzender

DEUTSCHLAND-ISRAEL MONITORING REPORT





von Josias Terschüren Oktober 2019



Josias Terschüren

Israel durchlebt derzeit eine seiner schwersten politischen Krisen; nach der historischen zweiten Wahl innerhalb nur eines Jahres zeichnet sich noch immer kein Weg aus der politischen Sackgasse ab, in die führende Politiker das Land gefahren haben.

Politisches Patt verordnet Israel Zwangspause –

Ein kurzer Rückblick

eine Zwischenbilanz

Nach seinem knappen Wahlsieg im April des Jahres scheiterte der amtierende israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu überraschend daran, eine Regierungskoalition zu schmieden. Sein ehemaliger Verteidigungsminister Avigdor Liberman hatte sich zum politischen Nemesis entwickelt und die Koalitionsverhandlungen mit dem religiösen Lager sabotiert. Zankapfel war die Reform der Wehrpflicht, von der David Ben Gurion der damals kleinen ultraorthodoxen Minderheit schon bei der Staatsgründung großzügige Ausnahmen zugestanden hatte, ein mit der Zeit und dem Wachstum des ultraorthodoxen Bevölkerungsanteils gesellschaftlich immer schwieriger zu vermittelndes Privileg, das Liberman

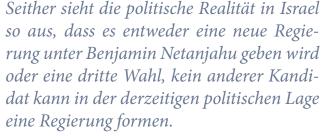
eingrenzen wollte. Die religiösen Parteien zeigten sich zu für sie einschneidenden Kompromissen bereit, doch Liberman hielt an maximalistischen Forderungen fest und ließ darüber letztendlich die Koalitionsverhandlungen platzen.

Dadurch schrumpfte das rechte Lager und verfügte seither nicht mehr über die erforderliche parlamentarische Mehrheit von 61 Sitzen. Anstatt dem anderen Lager die unwahrscheinliche Möglichkeit zur Bildung einer Regierung einzuräumen,

setzte Netanjahu den Prozess zur Auflösung der Knesset in die Gänge und strebte Neuwahlen für den 17. September 2019 an.

Politischer Impasse

Doch auch das amtliche Wahlergebnis der zweiten Wahl¹ brachte keine Besserung, ganz im Gegenteil, die Situation wurde noch verfahrener; immer noch waren beide Lager, sowohl das rechte, als auch das linke unfähig aus eigener Kraft eine Mehrheit zu erreichen. Obwohl Netanjahus Herausforderer und früherer Stabschef Benjamin Gantz mit seinem Parteienbündnis Blue & White einen Sitz mehr als Netanjahus Likud ergattern konnte, erhielt Letzterer trotzdem den Auftrag von Staatspräsident Reuven Rivlin, eine Regierung zu bilden.² Netanjahu hatte bei den Empfehlungen durch Politiker anderer Parteien eine Stimme Vorsprung vor Gantz, der, und das ist außergewöhnlich, auch die Unterstützung von zehn der dreizehn Abgeordneten der antizionistischen Vereinigten Arabischen Liste erhalten hatte. Bereits direkt nach der Wahl hatte Netanjahu mit den religi-





¹ https://embassies.gov.il/berlin/NewsAndEvents/Pages/Amtliches-Wahlergebnis-ist-da.aspx?utm_source=InforuMail&utm_medium=email&utm_campaign=Newsletter+26.09.19

² https://embassies.gov.il/berlin/NewsAndEvents/Pages/Rivlin-beauftragt-Netanyahu-mit-Regierungsbildung.aspx?utm_source=InforuMail&utm_medium=email&utm_campaign=Newsletter+26.09.19



ösen und rechten Parteien (Likud, Shas, UTJ, Yamina) einen festen Block mit 55 Stimmen gebildet, mit dem Versprechen nur gemeinsam und nur unter Netanjahu in eine Regierung einzutreten. Seither sieht die politische Realität in Israel so aus, dass es entweder eine neue Regierung unter Benjamin Netanjahu geben wird oder eine dritte Wahl, kein anderer Kandidat kann in der derzeitigen politischen

Auch wenn gewisse Teile der westlichen Medien- und Politikwelt längst mit den Abgesängen auf Netanjahu beschäftigt sind, ist es noch nicht erwiesen, dass die Tage des Ausnahmepolitikers gezählt sind.

Lage eine Regierung formen. Sollte es zu einer erneuten Wahl kommen, würde diese dann vermutlich im März nächsten Jahres stattfinden.

Netanjahu hat bis zum 24. Oktober Zeit, um andere Parteien für eine eventuelle Koalition zu gewinnen, spätestens dann muss er sein Mandat zur Regierungsbildung wieder abgeben. Doch seit mittlerweile zehn Tagen finden keine Koalitionsver-

handlungen mehr statt. Warum? Gil Hoffman, der Knesset-Korrespondent der Jerusalem Post argumentiert³, dass Netanjahu auf folgende Entwicklungen wartet:

- 7. Oktober: Ende der Anhörung durch den Generalstaatsanwalt Avichai Mandelblit im Justizministerium. Vier Tage lang hat Mandelblit die Anwälte des Regierungschefs zu den Anschuldigungen befragt, bei denen es um Bestechlichkeit, Betrug und Untreue geht. Nach der Anhörung wird Mandelblit entscheiden, ob er Anklage gegen Netanjahu erhebt Experten rechnen mit einer Entscheidung innerhalb eines Monats. Davon hängt die Machbarkeit einer Koalition der "nationalen Einheit" zwischen dem Likud und Blue & White (+ eventuell Liberman) ab, denn Gantz hatte es zuletzt für unmöglich erklärt, eine Einheitsregierung zu bilden, solange der Ministerpräsident von einer förmlichen Anklage bedroht sei.⁴
- 9. Oktober: Avigdor Liberman hatte versprochen nach dem hohen jüdischen Feiertag Jom Kippur einen Plan für die Bildung einer Koalition der nationalen Einheit vorzulegen. Sollte Liberman Netanjahu als ersten Ministerpräsidenten in einem Rotationsprinzip vorschlagen, bei dem Netanjahu und Gantz sich nach zwei Jahren im Amt des Regierungschefs abwechseln würden, gäbe das Netanjahu einen Boost.
- 10. Oktober: Das Zentralkomitee des Likud wird zusammenkommen und festsetzen, dass niemand als alleine Netanjahu für den Likud eine Regierung bilden darf. Aller Voraussicht nach wird das Komitee Netanjahu frischen Rückenwind geben, damit er gestärkt und mit freiem Rücken in die Phase von 21 Tagen hineingehen kann, in denen Benny Gantz als zweiter Kandidat die Chance zur Regierungsbildung erhalten wird.

Auch wenn gewisse Teile der westlichen Medien- und Politikwelt längst mit den Abgesängen auf Netanjahu beschäftigt sind, ist es noch nicht erwiesen, dass die Tage des Ausnahmepolitikers gezählt sind. Mit einer geschickten politischen Finte hatte der Politfuchs seinen potentiellen internen Herausforderer Gideon Saar aus seiner Deckung gelockt und öffentlich vorgeführt. Saar reagierte auf Twitter



³ https://www.jpost.com/Israel-News/Why-is-Netanyahu-maintaining-the-mandateanalysis-603897

⁴ https://www.welt.de/newsticker/news1/article201299470/Regierung-Netanjahu-kaempft-ums-politische-Ueberleben.html



mit "Ich bin bereit" auf Netanjahus Ankündigung, vorgezogene Wahlen für den Parteivorsitz des Likud zu planen. Netanjahu steht unter enormem Druck durch potenzielle interne Herausforderer, das Damokles-Schwert eines drohenden juristischen Verfahrens und seine politischen Widersacher Gantz, Lapid und Liberman, ganz zu schweigen von der Drohkulisse äußerer Feinde, wie der Hisbollah, Hamas und allen voran, dem iranischen Regime. Für ihn ist es ein Kampf um sein politisches Überleben, für Israel ein Scheideweg, während sich das Schicksal eines der größten jüdischen Anführer der Moderne entscheidet.

Kompromisse oder Neuwahlen

Um Neuwahlen zu vermeiden, was im Interesse der israelischen Demokratie läge, müssten die verhärteten Fronten aufgebrochen werden – Hoffman weist auf das Dilemma hin, dass bislang noch alle Spitzenpolitiker bei ihren Wahlversprechen

Es braucht Brückenbauer und Versöhner, um die verschiedenen feindlichen Lager innerhalb der israelischen Gesellschaft zu einen, die Risse zu schließen und einen Zusammenhalt wiederherzustellen. geblieben sind, mit denen sie de facto gewisse mögliche Koalitionen ausgeschlossen haben. Diesen Umstand hatte auch Staatspräsident Rivlin in seiner Rede anlässlich des Regierungsauftrags an Netanjahu beklagt: "Es ist unwichtig, wen ich zuerst mit der Regierungsbildung beauftrage, oder wen, wenn nötig, als zweiten. Sofern der Boykott und das Ausschließen von gesamten Segmenten der israelischen Gesellschaft nicht beendet werden, solange es keine Motivation gibt, neue Bündnisse

zwischen großen und kleinen Parteien zu schließen, solange es keinen aufrichtigen Willen gibt, Vereinbarungen zu erreichen, Kompromisse zu schließen, wird es keine Regierung geben."⁶

Optionen für solche neuen Bündnisse bieten sich einige: Allen voran die von Rivlin favorisierte und offen propagierte Regierung der nationalen Einheit, die aus den obengenannten Gründen bislang nicht hervorgekommen ist. Alternativ könnte eine Likud-geführte Regierung auch zustande kommen, wenn es Netanjahu gelänge, eine der drei Parteien aus dem Parteienbündnis Blue & White herauszulösen. Zu guter Letzt wäre auch eine Koalition mit der Arbeiterpartei denkbar.

Israel hat 70 Jahre nach seiner wundersamen Staatsgründung einen großen Kampf zu bestehen, einen Kampf gegen sich selbst. Es braucht Brückenbauer und Versöhner, um die verschiedenen feindlichen Lager innerhalb der israelischen Gesellschaft zu einen, die Risse zu schließen und einen Zusammenhalt wiederherzustellen.

Angesichts der vielfältigen inneren und äußeren Herausforderungen ist Eile geboten: Stichwort Wehrpflicht, Stichwort Jordantal: Netanjahu hatte in Absprache mit den USA die Ausdehnung des israelischen Grundgesetzes auf das Jordantal angekündigt, was eine de facto Annexion des Territoriums in Übereinstimmung mit UNSR-Resolution 242 darstellen würde (ganz im Sinne der Argumentation der US-Regierung zu den Golanhöhen)⁷. Ein solcher Schritt würde unweigerlich



⁵ https://twitter.com/gidonsaar/status/1179707437735186433

⁶ https://embassies.gov.il/berlin/NewsAndEvents/Pages/Rivlin-beauftragt-Netanyahu-mit-Regierungsbildung.aspx?utm_source=InforuMail&utm_medium=email&utm_campaign=Newsletter+26.09.19

⁷ https://www.wsj.com/articles/international-law-backs-the-trump-golan-policy-11557875474



internationale Proteste auslösen, vor allem von den Europäern. Damit wären wir auch schon bei dem anstehenden Friedensprozess: Die Amerikaner haben die Veröffentlichung ihres Plans ein weiteres Mal auf nach den Wahlen verschoben und warten seither. Auch hier braucht es eine stabile Regierung, die Israel und ihre Interessen in diesem Prozess vertreten kann. Nicht zu sprechen von den vielen militärischen Konfliktherden um Israel herum. (Hamas im Westen, Hisbollah und Iran im Norden, Al-Qaida im Süden und der Iran im Osten). Schon jetzt ist die israelische Luftwaffe intensiv dabei, die eigenen roten Linien angesichts der zunehmenden Aggression des iranischen Regimes aufrechtzuerhalten, sei es im Libanon, in Syrien, im Irak oder im Gazastreifen. Es ist diese Ebene, auf der sich alle relevanten politischen Kräfte einig sind. Netanjahu ließ z.B. vor den Wahlen ohne Not oder gesetzlich dazu verpflichtet zu sein, seinen Rivalen Benjamin Gantz von seinem Sicherheitsteam über die Lage briefen.⁸

Ganz gleich, wie genau Israel aus dem momentanen politischen Stillstand herauskommen wird, erscheint eine breitere Regierungskoalition mit Kräften von Mitte rechts und Mitte links unausweichlich. Eine solche Regierung könnte Israel im Inneren Ruhe und Zeit zur Heilung verschaffen bzw. nach außen hin mit der gebotenen Robustheit und Stärke auftreten, während sie sich den Konflikten und vielfältigen offenen Türen widmet.

Initiative 27. Januar e.V. Haus der Bundespressekonferenz Schiffbauerdamm 40 / 4302 10117 Berlin

Telefon 030 / 12 07 42 28 E-Mail berlin@initiative27januar.org

www.initiative27januar.org www.facebook.com/initiative27januar www.youtube.com/initiative27januar

Spendenkonto

Initiative 27. Januar:

Empfänger: Initiative 27. Januar e.V. Evangelische Bank Kontonummer: 5 344 166 Bankleitzahl: 520 604 10 IBAN: DE03 5206 0410 0005 3441 66 BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.

Politisches Monitoring und dessen Analyse kosten eine Menge Zeit. Bitte unterstützen Sie unseren zweimonatlich erscheinenden Monitoring Report mit Ihrer Spende, vielen Dank!



⁸ https://www.timesofisrael.com/as-war-fears-skyrocket-netanyahu-orders-rare-security-briefing-for-rival-gantz/

EU-ISRAEL MONITORING REPORT



from Josias Terschüren November 2019



Josias Terschüren

Europe and Israel under a new European CommissionA new beginning, more of the same or downward spiral

Europe has elected and sworn in a new Commission, which took office on December 1st 2019 in challenging times. We have compiled portraits of two leading personalities, who will likely have a great say in the future shaping of EU-Israel relations: Ursula von der Leyen, the new president of the European Commission and her Vice-President Josep Borrell, the new High Representative of the European Union. Furthermore, we include our statement on the recent European Court of Justice's verdict, which stipulates obligatory labelling for Israeli produce originating from beyond the green line.

Ursula von der Leyen

Ursula von der Leyen, Germany's former minister for family affairs and later minister of defense, finally made it to the top of Europe. On December 1st, on the 13th floor of the Berlaymont, she took over the helm of the European Commission from Jean-Claude Juncker. Von der Leyen, the Brussels-born aristocrat, trained medical doctor, mother of seven, and crown-princess of Angela Merkel's grace, succeeded in finally reaching the European Parliament's approval of her commission with the help of Polish and Hungarian Eurosceptic votes. The spotless image of



the ever-smiling, multilingual showcase European with her *We can do it!*-attitude and a sixth sense for publicity and self-promotion was recently clouded by a still ongoing Parliamentary Commission Inquiry concerning a consulting issue during her stint at the German Ministry of Defense. The sometimes-unconventional Christian Democrat, known for her rather liberal views on marriage, has a proven and solid track-record on topics pertaining to Jewish or Israel-related issues.

During her tenure as minister of defense, she enabled rabbis and imams to join the German army's chaplain corps and always spoke out against anti-Semitism. Being a strong supporter of the German raison detat to stand for the security of the Jewish State of Israel, military cooperation between Germany and Israel spiked under von der Leyen. During her tenure, Germany greenlighted and subsidized the sale of three Dolphin-class submarines to the Israeli navy. During her visit to Israel as the representative of the German government on the occasion of the 50th anniversary of German-Israeli diplomatic relations, Ursula von der Leyen personally conveyed the German government's decision to sell four top-notch corvettes with Germany again covering roughly one third of their costs. Furthermore, Germany leased Heron-TP drones from Israel at the price tag of roughly 900 million Euros. On policy issues, von der Leyen is a staunch supporter of the two-state solution, called the JCPOA "a proper deal" and rejected the US-position on Jerusalem. With her good transatlantic credentials, the new president of the Commission – who also lived in America for four years – will have to revive and realign the increasingly divided transatlantic relations.

The Middle East Institute has a good take¹ on a possible division on Middle Eastern issues within the new European Commission. The two poles within the Commis-



¹ https://www.mei.edu/publications/european-commissions-new-president-and-mena-region-status-quo-or-change





sion will likely be Israel-supportive Ursula von der Leyen and the staunch Israel-critic and new High Representative of the European Union, Josep Borrell.

Josep Borrell

Josep Borrell, is a Catalan socialist, former Foreign Minister of Spain, the new High Representative of the European Union and thereby one of the three Vice-Presidents of the European Commission.

Politico reported in 2012, that Borrell was involved in a conflict of interests-scandal over unreported six-digit-income from an energy company, which led to his resignation as president of the European University Institute.² Borrell's track-record as a staunch Israel-critic shows worrying tendencies and includes outright scandalous re-



marks and positions, when it comes to the only Jewish state and the Iranian regime. Thus, the Israeli press, including the Jerusalem Post³, the Times of Israel⁴ and Israel Hayom⁵, was awash with highly critical commentaries when Borrell's nomination

became public. But, so was Arab media like the UAE-based newspaper The National which ran the title: "Nomination of Josep Borrell for EU High Representative sparks outcry." The sub headline read: "A supporter of the Iranian regime, Mr Borrell will handle the EU's negotiations on the Iran nuclear deal."

After assuming his post as Spanish Foreign Minister in 2018 he repeatedly advocated a unilateral Spanish recognition of Palestinian statehood. He harshly criticized Trumps decision on Jerusalem and condemned the Israeli handling of the Gaza riots: He wrote in an op-ed about the celebrations on the occasion of the 70th birthday of the modern State of Israel, that they were "covered in blood as this black Monday reflects the dehumanization of the Palestinians by a large part of the Israeli political class and society".

On the other hand, Borrell once lived in Israel, where he got to know his first wife in a kibbutz. He is thus no stranger to the country. During a visit to the Israeli Knesset in 2005 as the President of the European Parliament, he even recognized Israel as being a Jewish state – something European politicians seldom do. But it seems like this time of favor toward Israel may be coming to an end

Borrell's most scandalous statement regarding Israel came when the outspoken Trump-critic discussed transatlantic relations with Politico. He spoke about a "complete disagreement between the States and Europe," in no uncertain terms: "It's no longer a matter of competitive commercial interests. It's a divorce of values." And then he dropped the bombshell: "Iran wants to wipe out Israel; nothing new about



- 2 https://www.politico.eu/article/borrell-forced-to-resign-over-energy-interests/
- 3 https://www.jpost.com/Middle-East/Top-EU-foreign-policy-nominee-has-record-of-slamming-Israel-praising-Iran-594633
- 4 https://www.timesofisrael.com/tough-on-israel-fond-of-iran-jerusalem-wary-of-incoming-euforeign-policy-czar/
- 5 https://www.israelhayom.com/2019/07/04/eu-appoints-outspoken-israel-critic-foreign-policy-chief/







that. You have to live with it," The Carnegie Endowment for International Peace has a good summary on EU-Israel relations under Mogherini and a sound outlook concerning Mr. Borrell's tenure.⁷

Labeling Statement 127J

Berlin, November 13, 2019

The decision of the European Court of Justice to label Israeli goods beyond the socalled green line has nothing to do with consumer protection, rather, it is diplomatic policy in disguise – a classic case of double standards against Israel. This was also the view of Dr. Felix Klein, the German Federal Government Commissioner for Anti-Semitism, at the Federal Press Conference on Wednesday morning.

In 2015 we had already reported on the EU Commission's original guideline on the same matter in detail – its background and objectives. (In German)

There are currently about 200 territorial disputes worldwide, but the Jewish state of Israel is the only one subject to such mandatory measures for labeling its goods. The parallel to the slogan "Germans don't buy from Jews" is becoming obvious – European governments should counteract this. We can only endorse former German MP Volker Beck's proposal in this regard; we consider it fair, appropriate and balanced. Volker Beck had written on Facebook: "The Federal Government should work to ensure that the Council calls on the Commission to treat all comparable conflicts worldwide in this way in terms of consumer protection and to suspend the enforcement of the European Court of Justice's verdict in respect to Israel until appropriate legal measures have been taken across the board. In the last 4 years, the Commission has indicated that it is not attempting to apply consumer protection and international law fairly and impartially".

We therefore appeal to the designated President of the EU Commission, Ursula von der Leyen, to take decisive and rapid action against the unacceptable difference in treatment of Israel and the politicizing of consumer protection by the EU Commission.

A small side note: The frequently published link between the cause and the terrible and coincidental rocket fire against Israel is neither factually correct nor helpful! The Court's ruling was preceded by a trial lasting months or even years. The parallelism of events has been unfortunate, but certainly not intentional or long-planned. Arguments have to be made here in a clean and factual manner, without any additional emotionalism due to the confusion with daily political events.

Initiative 27. Januar e.V. Haus der Bundespressekonferenz Schiffbauerdamm 40 / 4302 10117 Berlin

Telefon 030 / 12 07 42 28 E-Mail berlin@initiative27januar.org

www.initiative27januar.org www.facebook.com/initiative27januar www.youtube.com/initiative27januar

Spendenkonto Initiative 27. Januar:

Empfänger: Initiative 27. Januar e.V. Evangelische Bank Kontonummer: 5 344 166 Bankleitzahl: 520 604 10 IBAN: DE03 5206 0410 0005 3441 66

BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.



⁶ https://www.politico.eu/newsletter/brussels-playbook/politico-brussels-playbook-hungarys-change-of-heart-us-eu-relationship-burns-fighting-words/

⁷ https://carnegieendowment.org/sada/79985

DEUTSCHLAND-ISRAEL MONITORING REPORT





von Josias Terschüren Dezember 2019



Josias Terschüren

Von der vermeintlichen Illegalität israelischer Siedlungen

Internationaler Kampf um die Deutungshoheit in drei Akten

In den vergangenen Wochen und Monaten entfaltete sich auf internationaler Bühne ein regelrechter Kampf um die Deutungshoheit über den legalen Status der von Israel im Sechs-Tage-Krieg von 1967 eingenommenen Gebiete (Judäa und Samaria, Golan und Jerusalem).

Der erste Akt – israelische Annektion des Jordantals?

Den Auftakt für das Politik-Drama bildete die Ankündigung Benjamin Netanjahus Mitte September anlässlich des zweiten Wahlgangs in Israel, das Jordantal im Falle eines Wahlsieges in enger Abstimmung mit Washington annektieren zu wollen. Es gab kein Dementi der US-Administration, aber wütende Proteste aus europäischen und arabischen Hauptstädten. Das Weiße Haus ließ verlautbaren, der Schritt verhindere eine von den USA angestrebte politische Lösung des Nahostkonfliktes nicht.

Der zweite Akt – Politisiertes Urteil des Europäischen Gerichtshofes

Ein zur Unzeit veröffentlichtes Urteil des Europäischen Gerichtshofes über die Kennzeichnungspflicht israelischer Waren aus diesen Gebieten eröffnete den zweiten Akt. Vorausgegangen war eine Richtlinie der Europäischen Kommission vom 25. Oktober 2011 ¹, der im November 2015 ein interpretierendes Memo folgte ²,

nach dem Waren aus den Gebieten, die Israel 1967 erobert hatte, nicht die Kennzeichnung "Made in Israel" erhalten sollten. EU-Mitgliedsstaaten waren angehalten, aber nicht verpflichtet, die Richtlinie umzusetzen. Frankreich führte als erster EU-Staat am 24. November 2016 eine noch harschere Kennzeichnungspflicht

ein, als von der EU gefordert.3

Dagegen hatte die Winzerei Psagot zusammen mit der Organisation Europäischer Juden (*Organisation Juive Européenne*), vertreten von der amerikanischen NGO Lawfare-Project, geklagt. Die Kläger argumentierten, dass die französische Kennzeichnungspflicht die Promotion eines wirtschaftlichen Boykotts gegen Israel darstellte. Das oberste französische Verwaltungsgericht (Conseil d'État) wiederum verwies den Fall am 30. Mai 2018 zur Klärung an den Europäischen Gerichtshof, der in seinem Urteil der französischen Position Recht gab und die nunmehr verpflichtende Kennzeichnung jüdischer Waren aus den 1967 eroberten Gebieten festsetzte.

Die Klage der israelischen und jüdischen Seite wurde so leider zu einem spektakulären Eigentor! Warum? Auf dem Rechtsweg hat damit – in letzter Instanz! – eine unverbindliche Richtlinie der Europäischen Kommission, die im Rat nie durchgekommen und damit nie für alle EU-Mitgliedsstaaten verbindlich geworden wäre, den Status rechtlicher Verbindlichkeit erhalten. Das sah auch das israelische Justizministerium so voraus und hatte sich bei den Klägern vehement für die Aufgabe des

Die Klage der israelischen und jüdischen Seite wurde so leider zu einem spektakulären Eigentor!



https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX%3A32011R1169

² https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015XC1112(01)

³ https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000033464109&categorieLien=id



Verfahrens eingesetzt, als sich abzeichnete, dass der Europäische Gerichtshof eine einseitig gegen Israel gerichtete Entscheidung treffen würde.

Eine solche verpflichtende Kennzeichnung für Waren aus umstrittenen Gebieten gibt es in Europa nämlich nur für Israel und für keinen anderen territorialen Konflikt weltweit!

Wir haben schon in 2015 ausführlich zu dem Richtlinien-Memorandum Stellung bezogen und die Hintergründe zu dessen Entstehung und Zielsetzung erarbeitet⁴.

Eine solche verpflichtende Kennzeichnung für Waren aus umstrittenen Gebieten gibt es in Europa nämlich nur für Israel und für keinen anderen territorialen Konflikt weltweit! Auch zum jüngsten EuGH-Urteil haben wir eine Stellungnahme verfasst⁵, die von der evangelischen Nachrichtenagentur Idea aufgenommen worden ist.⁶

Wünschenswert klare Kante zeigte der Generalsekretär der CDU, Paul Ziemiak, der auf Twitter schrieb: Dass für #Israel eine besondere Kennzeichnungs-Pflicht aus besetzen Gebieten gelten

soll ist skandalös. Der #EuGH verlangt etwas, das so für andere Länder nicht gilt. Also mal wieder doppelte Standards. So wird #Antisemitismus gefördert. • 7

Jüdische Gemeinden in ganz Europa reagierten entsetzt auf das EuGH-Urteil. Einige social-media affine Jüdinnen und Juden antworteten mit teils beißend zynischen Kommentaren:

Der Sohn Wolf Biermanns Eliyah Havemann, der zum Judentum konvertierte und mit seiner Familie in Israel lebt, schrieb auf Twitter in einer viralen Botschaft:



Später führte er seine Gedanken dazu in einem lesenswerten Blog-Post weiter aus.⁸ Auch die jüdische Aktivistin Malca Goldstein-Wolf twitterte in Anlehnung an den Nazislogan der 30er zynisch: #Deutsche wehrt Euch! Kauft bei #Juden! ⁹

Doch was für einen Ausweg aus dem Dilemma einer rechtlich verbindlichen, politisierten Entscheidung des EuGH gibt es über den Zynismus hinaus?

Das Urteil muss ausgesetzt werden

Die Bundesregierung sollte über den Rat der EU und die Kommission darauf hinwirken, die Umsetzung des Urteils solange auszusetzen, wie es nur auf Israel und nicht auf sämtliche anderen territorialen Konflikte weltweit angewandt wird! Das

- 4 https://initiative27januar.org/eu-labelling/
- 5 https://initiative27januar.org/stellungnahme-zum-eugh-kennzeichnungs-urteil/
- 6 https://www.idea.de/politik/detail/kritik-an-eugh-urteil-zur-kennzeichnung-israelischer-produkte-111101.html
- 7 https://twitter.com/PaulZiemiak/status/1194968256207085568?s=20
- 8 https://die13blumen.wordpress.com/2019/11/13/klebt-einen-gelben-stern-drauf/
- 9 https://twitter.com/WolfMalca/status/1194509659819970560?s=20





Prinzip der Gleichbehandlung aller Staaten muss gewahrt bleiben, Willkür vor allem gegen den einzigen jüdischen Staat ausgeschlossen werden!

Der dritte Akt – Wende der US-Regierung "israelische Siedlungen nicht per se illegal"

Im dritten und vorerst letzten Akt ließ US-Außenminister Mike Pompeo nur eine Woche nach dem EuGH-Urteil und quasi als US-amerikanische Reaktion darauf eine diplomatische Bombe platzen: Er verkündete, dass die Trump-Administration die Haltung der Obama-Regierung, israelische Siedlungen als per se illegal zu betrachten, aufgebe.

Die US-Haltung bezüglich israelischer Siedlungen in der Westbank sei in der Vergangenheit widersprüchlich gewesen. Carter habe sie in 1979 als "unvereinbar mit

Die Bundesregierung sollte über den Rat der EU und die Kommission darauf hinwirken, die Umsetzung des Urteils solange auszusetzen, wie es nur auf Israel und nicht auf sämtliche anderen territorialen Konflikte weltweit angewandt wird! Das Prinzip der Gleichbehandlung aller Staaten muss gewahrt bleiben, Willkür vor allem gegen den einzigen jüdischen Staat ausgeschlossen werden!

internationalem Recht" bezeichnet, Reagan diese Einstufung in 1981 revidiert, sie seien nicht "an sich illegal" – verschiedene US-Regierungen hätten seither dann die Position eingenommen, dass unbegrenzte Siedlungsaktivitäten ein "Hindernis für Frieden" darstellen könnten. Gleichzeitig hätten sie auch erkannt, dass das Herumreiten auf juristischen Positionen diesbezüglich die Friedensbemühungen nicht voranbringe. Die Obama-Administration hätte diesen jahrzehntelangen, behutsam aufgebauten, parteiübergreifenden Ansatz im Dezember 2016 aber gekippt, indem sie die vermeintliche Illegalität der Siedlungen wieder zur US-Haltung machte. Nach einem eingängigen Studium aller Seiten dieser Debatte stimme die Trump-Administration mit der Einstufung Reagans überein. Und dann folgte

der Schlüsselsatz – die Sicht und Entscheidung der US-Regierung: Die Gründung ziviler israelischer Siedlungen in der Westbank sei nicht per se unvereinbar mit internationalem Recht.¹⁰

Dieser Kontrapunkt zum EuGH-Urteil hätte nicht krasser ausfallen können. Was Pompeo gesagt hat und was er eben nicht gesagt hat wird in unserem Statement zu seiner Erklärung deutlich.¹¹ Die US-Administration hat keineswegs israelische Siedlungen pauschal als legal erklärt, noch als illegal. Wie schon in der Jerusalem-Frage nimmt die US-Administration unter Trump auch hier eine neutrale Haltung ein und schafft viel Raum und ein ebenes Spielfeld für bilaterale Friedensgespräche zwischen Israel und Palästinensern.

Zu den weiteren in 1967 durch Israel eingenommenen Gebieten, namentlich Jerusalem und den Golan-Höhen, hatte die Trump-Administration ja bereits ebenfalls eine vom bisherigen Dogmatismus abweichende Position eingenommen.

Wütende Reaktionen im Westen und seltene Einhelligkeit in Israel

Die Reaktionen auf Pompeos Ankündigung kamen prompt und wie zu erwarten scharf. Die harschesten Verurteilungen kamen dabei interessanter Weise von der



¹⁰ https://www.state.gov/secretary-michael-r-pompeo-remarks-to-the-press/https://twitter.com/StateDept/status/1196524458560737280?s=20

¹¹ https://initiative27januar.org/neue-horizonte-im-nahostfriedensprozess-stellungnahme-zurentscheidung-der-us-regierung-bzgl-israelischer-siedlungen/



EU und deren Mitgliedsstaaten, sowie von den US-Demokraten¹², also gerade jenen Akteuren, deren israelkritische Haltung sich ganz auf die vermeintliche Illegalität der Siedlungen beruft und ohne diese haltlos wird: Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini gab eine unverhohlen kritische Presseerklärung heraus. Sie berief sich dabei auf UNSR-Resolution 2334, die ja gerade Obamas Abkehr von jahrzehntelanger amerikanischer Haltung in der Sache bedeutete.¹³ Gemeinsam mit ihren französischen, belgischen und deutschen Kollegen hatte sie sich dafür eingesetzt, eine einstimmige Verurteilung des amerikanischen Schrittes durch alle EU-Mitgliedsstaaten zu erreichen, war aber am Widerstand des israelfreundlichen Ungarn gescheitert. Die Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes folgte inhaltlich und zeitlich der EU-Linie.¹⁴ Auch Russland, die Arabische Liga und die Türkei verurteilten den amerikanischen Schritt.¹⁵

In Israel hingegen waren sich selbst angesichts des gegenwärtig größten politischen Splits des modernen jüdischen Staates Regierung und Opposition einig in ihrer Befürwortung des amerikanischen Schrittes. Sowohl der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu ¹⁶ als auch der Leiter der Opposition Benny Gantz ¹⁷ begrüßten die US-Entscheidung.

Initiative 27. Januar e.V. Haus der Bundespressekonferenz Schiffbauerdamm 40 / 4302 10117 Berlin

Telefon 030 / 12 07 42 28 E-Mail berlin@initiative27januar.org

www.initiative27januar.org www.facebook.com/initiative27januar www.youtube.com/initiative27januar

Spendenkonto

Initiative 27. Januar:

Empfänger: Initiative 27. Januar e.V. Evangelische Bank Kontonummer: 5 344 166 Bankleitzahl: 520 604 10 IBAN: DE03 5206 0410 0005 3441 66 BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.



Politisches Monitoring und dessen Analyse kosten eine Menge Zeit. Bitte unterstützen Sie unseren zweimonatlich erscheinenden Monitoring Report mit Ihrer Spende, vielen Dank!

- 12 https://www.jpost.com/Israel-News/Democrats-anti-settlement-letter-just-what-Pompeowanted-608894
- 13 https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/70610/statement-high-representativevice-president-federica-mogherini-israeli-settlement-policy_en
- 14 https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/israelischer-siedlungsbau/2277674
- 15 https://www.timesofisrael.com/russia-turkey-reject-us-reversal-of-settlements-stance/
- 16 https://twitter.com/IsraeliPM/status/1196518920062029824?s=20
- 17 https://twitter.com/gantzbe/status/1196516965449379841?s=20

DEUTSCHLAND-ISRAEL MONITORING REPORT





von Josias Terschüren April 2020



Josias Terschüren

Die Palästinenser wollen bislang keinen eigenen Staat an der Seite Israels. Sie wollen ihn anstelle Israels.

Der Trump-Friedensplan

Eine Todeserklärung des Oslo-Prozesses als Chance für Frieden

Man hat ihn als "Deal des Jahrhunderts" gepriesen: Den Friedensplan des US-Präsidenten Donald Trump. ¹ Er stellt die Friedensbemühungen im Nahostkonflikt wieder zurück auf die Füße, nachdem sie jahrzehntelang kopfgestanden waren.

Man mag Trump kritisieren und sich über ihn echauffieren, aber die Prinzipien seines Friedensplans gründen überwiegend auf der nüchternen Anerkennung von Tatsachen, nicht so sehr auf Fiktion und überholten Dogmen: Nämlich:

Dass es schon seit der Gründung des Staates Israel in dessen Unabhängigkeitserklärung stets eine ausgestreckte Hand zum Frieden von jüdischer Seite gab. Und dass diese von den arabischen Nachbarn genauso stetig ausgeschlagen wurde. Die Palästinenser wollen bislang keinen eigenen Staat an der Seite Israels. Sie wollen ihn anstelle Israels. Diese Weigerungshaltung der arabisch-palästinensischen Seite, einen jüdischen Staat in gleich welchen Grenzen zu akzeptieren, hat als das eigentliche Kernproblem des Nahostkonfliktes zu gelten.

Trump sieht deshalb die palästinensische Seite in der Bringschuld für Frieden, nicht die israelische. Er fordert nicht mehr Israel dazu auf, seine Rechte, jüdische Sied-

lungen und die Sicherheit seiner Bürger zu opfern, sondern verlangt von den Palästinensern, Frieden mit dem jüdischen Staat Israel zu schließen, die Erziehung zum Hass und die Belohnung von Terror einzustellen. Sein Ansatz besteht nicht mehr in der Ab- sondern in der Anerkennung israelischer Rechte: an Jeru-

salem, an den Golanhöhen, dem Jordantal und am biblischen Kernland Judäa und Samaria, "dem Westjordanland". Der neue Friedensplan setzt damit einen Kontrapunkt zum gescheiterten Ansatz, Frieden zulasten Israels zu machen.

Trump als Totengräber des Oslo-Prozesses

Der in den 90ern von den Europäern maßgeblich mitinitiierte Oslo-Prozess hat Israel nichts weiter gebracht als eine Welle von Terror, den Verlust diplomatischen Spielraums und die stetige Aushöhlung und Delegitimierung seiner Rechte an in

Der neue Friedensplan setzt damit einen Kontrapunkt zum gescheiterten Ansatz, Frieden zulasten Israels zu machen. 1967 eroberten Gebieten. UNSR-Resolution 2334 kann als Höhepunkt und Endprodukt des durch und durch gescheiterten Oslo-Prozesses betrachtet werden. Doch auch nach einer 25-jährigen Geschichte des Scheiterns hält man in vielen westlichen Hauptstädten noch immer an den liebgewonnenen Dok-

trinen des Oslo-Prozesses fest. In Washington hat man es gewagt, über die bisherigen internationalen Parameter des Nahost-Friedensprozesses auszusprechen, was alle schon wussten: dass der Kaiser keine Kleider anhat! Dass Oslo keinen Frieden gebracht hat und auch nicht bringen wird.

Dieses Diktum der US-Regierung bezieht sich aber nicht nur auf Oslo, sondern im Grunde auf die Gesamtheit internationaler Resolutionen seit 1967 und optiert deshalb dafür, das Corpus von UN-Resolutionen schlicht und ergreifend außen vorzulassen und einen frischen Start zu wagen. Fazit: Wie auch schon im Fall der





Anerkennung israelischer Souveränität über die Golan-Höhen argumentiert die US-Administration auf der Grundlage der 1967 erlassenen UNSR-Resolution 242, legt diese aber gänzlich anders aus, als bislang Usus.

Heilung der Achillesferse – Palästinensischer Nihilismus kostet ab jetzt einen Preis

Die Achillesferse bisheriger Friedensbemühungen bestand darin, dass die palästinensische Politik des Neins durch eine naiv-tolerante oder gar verkappt-israelfeind-

In Washington hat man es gewagt, über die bisherigen internationalen Parameter des Nahost-Friedensprozesses auszusprechen, was alle schon wussten: dass der Kaiser keine Kleider anhat! liche Haltung westlicher Mächte als "Gegebenheit des Nahostkonfliktes" akzeptiert und dadurch stillschweigend honoriert wurde. Trump bricht mit dieser fatalen Tradition und verlangt den Palästinensern erstmalig einen Preis für ihre destruktive, nihilistische Haltung ab.

Er mutet ihnen zu, die Verantwortung für ihre eigenen Entscheidungen zu übernehmen und ist entschlossen, sie mit den

Konsequenzen ihres Handelns leben zu lassen. Ihr kontinuierliches und völlig kompromissloses Festhalten an Maximalforderungen, die weder der historischen Realität noch den politischen Machtverhältnissen entsprechen, kommt damit an ein natürliches Ende. Das betrifft das Rückkehrrecht aller "Flüchtlinge" genauso, wie die Forderung nach Ost-Jerusalem als Hauptstadt. Die Ablehnung weitgreifender Teilungs- und Kompromissvorschläge hat einen Preis, muss einen Preis haben.

Trumps Friedensplan verläuft in mindestens zwei Phasen: In der jetzt veröffentlichten ersten Phase von vier Jahren sollen die Palästinenser endgültig entscheiden und anhand konkreter Handlungen belegen, wie sie zu dem jüdischen Staat stehen.

Trump will den Nahostfriedensprozess aus der diplomatischen Geiselhaft palästinensischer Mutwilligkeit befreien.

Danach startet gegen Ende der nächsten US-Legislaturperiode die noch nicht veröffentlichte Phase zwei, basierend auf der Entscheidung der Palästinenser und ihrer Führung. In Anbetracht der absoluten Weigerungshaltung der Palästinenser hat die bisherige Kopplung der Lösung des Friedensprozesses

an deren Zustimmung ihnen eine de facto Vetomacht und damit beinahe absolute Kontrollmöglichkeiten im Friedensprozess eingeräumt. Trump will den Nahostfriedensprozess aus der diplomatischen Geiselhaft palästinensischer Mutwilligkeit befreien.

Inhaltliche Fundamentalopposition Deutschlands, Europa gespalten

Die Bundesregierung tut sich schwer im Umgang mit dem Vorstoß der Amerikaner. Außenminister Maas begrüßte zunächst den Impuls, den Nahost-Friedensprozess wieder in Gang bringen zu wollen. Doch die von ihm vorgebrachte EU-Position, dass "nur eine für beide Seiten akzeptable, verhandelte Zweistaatenlösung" zu einem dauerhaften Frieden führen könne, gestand den Palästinensern weiterhin das de facto Vetorecht über den Friedensprozess zu. Und das trotz deren Position der absoluten Verweigerung ("1000 Mal nein"). Der Umstand, dass die EU ihre Beziehungen zu Israel vom Status Quo des Friedensprozesses abhängig macht, kommt erschwerend hinzu. Dadurch liegen Wohl und Wehe der EU-Israelbeziehungen, die mittelbar auch Deutschland betreffen, wie bislang weiter ausgerechnet in palästinensischen Händen. Dabei haben diese noch jedes Friedensangebot abgelehnt. Dafür gibt es seitens der EU nicht nur keine negativen Konsequenzen, sondern aus





palästinensischer Perspektive sogar positive, denn die EU-Israelbeziehungen werden in Mitleidenschaft gezogen oder gar herabgestuft, weil ja der Friedensprozess angeblich ins Stocken geraten ist. Genau hier setzt der US-Friedensplan an und will diese Dynamik palästinensischer Friedensresistenz brechen.

Die Bundesregierung hingegen hält an diesem infamen Mechanismus weiterhin fest, in Übereinstimmung mit der EU-Linie. Doch von einer diesbezügliche**n** Ei-

Dadurch liegen Wohl und Wehe der EU-Israelbeziehungen, die mittelbar auch Deutschland betreffen, wie bislang weiter ausgerechnet in palästinensischen Händen. nigkeit innerhalb der EU kann keine Rede sein; ² sechs Nationen weigerten sich, eine gemeinsame Erklärung mitzutragen, die den Trump-Plan kritisiert hätte. Schließlich veröffentlichte der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, den letzten Entwurf der Erklärung als persönliche Stellungnahme selbst. Dabei erntete besonders seine Aussage, dass israelische Schritte in Richtung Annexion "nicht ohne Wi-

derspruch" ³ hingenommen würden, harsche Kritik, aus Europa ⁴ und Israel. Der Sprecher des israelischen Außenministeriums, Lior Haiat, bezeichnete Borrells Wortwahl als "bedrohlich" und so kurz nach dessen Besuch in Teheran als "sonderbar". Solche Positionen und Haltungen seien bestens dazu geeignet sicherzustellen, dass die Rolle der EU in Prozessen jeglicher Art minimiert werde. ⁵

Doch Borrell setzte noch einen drauf: Knapp einen Monat nach den "1000 Neins der Palästinenser" begrüßt er in Gegenwart des palästinensischen Außenministers Dr. Riyad Al Malki in Brüssel dessen offensichtlich völlig an den Haaren herbeigezogene Zusage, an der Wiederaufnahme substantieller Friedensverhandlungen mitwirken zu wollen. ⁶ Die willentliche Blindheit der europäischen Elite angesichts des palästinensischen Rejektionismus entbehrt nicht einer gewissen Tragikomik.

Es ist an der Zeit, Neues zu wagen

Der von europäischer Seite gegenüber Israel oft geforderte Mut, Frieden zu schließen, auch wenn es gegen eigene Überzeugungen und Interessen geht, scheint den Europäern selbst völlig abzugehen. Europäische Flexibilität im Streben nach Friedenslösungen im Nahen Osten: Fehlanzeige! Warum aber müssen wir Europäer Recht behalten? Was macht uns so sicher, dass wir besser wissen als andere, seien es Amerikaner oder Israelis, was es zum Frieden braucht?

Im weiteren Verlauf der Entwicklungen argumentierte die Bundesregierung entsprechend der EU-Linie, ⁷ dass der Friedensplan von internationalen Parametern abweichen würde. Dabei ist doch gerade dieser Umstand die einzige Chance für eine anerkanntermaßen völlig festgefahrene Situation. Es braucht dringend neue Ideen und Ansätze!

⁷ https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage_en/73960/MEPP:%20Statement%20 by%20the%20High%20Representative/Vice-President%20Josep%20Borrell%20on%20the%20 US%20initiative



² https://www.israelnetz.com/politik-wirtschaft/politik/2020/02/05/eu-ohne-klare-linie-zu-trumps-nahost-plan/

³ Der offizielle englische Wortlaut "could not pass unchallenged" ist sehr konfrontativ.

⁴ https://www.jpost.com/israel-news/hungary-blocks-harsh-eu-action-against-israel-616640

⁵ https://twitter.com/LiorHaiat/status/1224702018880753664?s=20 https://twitter.com/LiorHaiat/status/1224702020659052546?s=20

⁶ https://eeas.europa.eu/diplomatic-network/middle-east-peace-process/74978/high-representativevice-president-borrell-meets-palestinian-minister-foreign-affairs-and_en



Berlin bildet mit seinen (west-)europäischen Partnern ein Bollwerk gegen jeglichen Impuls unseres transatlantischen Verbündeten. Und das zulasten Israels und zugunsten einer demokratisch nicht legitimierten, korrupten und friedensresistenten palästinensischen Führung. Europa hat den zeitigen Appell des US-Diplomaten und Nahost-Experten Dennis Ross von 2015 leider noch immer nicht beherzigt: "Hört auf, den Palästinensern alles durchgehen zu lassen." ⁸ Auch wenn man sicher nicht alles gutheißen muss, was Trump tut, macht er es in diesem Fall richtig vor, sät nicht länger unter die Dornen, sondern pflügt ein Neues: Der Friedensprozess ist tot, lang lebe der Friedensprozess!

Initiative 27. Januar e.V. Haus der Bundespressekonferenz Schiffbauerdamm 40 / 4302 10117 Berlin

Telefon 030 / 12 07 42 28 E-Mail berlin@initiative27januar.org

www.initiative27januar.org www.facebook.com/initiative27januar www.youtube.com/initiative27januar

Spendenkonto

Initiative 27. Januar:

Empfänger: Initiative 27. Januar e.V. Evangelische Bank Kontonummer: 5 344 166 Bankleitzahl: 520 604 10 IBAN: DE03 5206 0410 0005 3441 66 BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.

Politisches Monitoring und dessen Analyse kosten eine Menge Zeit. Bitte unterstützen Sie unseren zweimonatlich erscheinenden Monitoring Report mit Ihrer Spende, vielen Dank!



DEUTSCHLAND-ISRAEL MONITORING REPORT





von Josias Terschüren Juni 2020



Josias Terschüren

Das deutsche Vorgehen gegen Hisbollah im Zuge des Betätigungsverbotes war robust und überfällig.

Deutsches Hisbollah-Verbot — Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Iranpolitik?

Jetzt kam es also doch. Das Hisbollah-Verbot. Genauer gesagt, das Betätigungsverbot für die Hizb Allah / "Hisbollah" in Deutschland.¹ Mit der Verlautbarung durch Innenminister Seehofer Anfang Mai hat die Bundesregierung ihre jahrelange Position in der Sache geändert. Zum Zeitpunkt der Pressekonferenz waren bereits Hausdurchsuchungen und das Einfrieren von Vermögenswerten Hisbollah nahestehender Vereine und deren Leiter durch deutsche Sicherheitskräfte erfolgt. Das deutsche Vorgehen gegen Hisbollah im Zuge des Betätigungsverbotes war robust und überfällig.

Vorausgegangen waren jahrelange Bemühungen vor allem der USA und Israels, die Terrordesignation des militärischen Armes der Hisbollah, die die EU als Antwort auf das von Hisbollah-Operativen im bulgarischen Burgas verübte Attentat in 2013 veranlasst hatte, auf die Gesamtorganisation auszuweiten. Ein wesentlicher Meilenstein auf dem

deutschen Weg hin zur Aufhebung dieser künstlichen Differenzierung in einen militärischen und einen politischen Arm war das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. November 2015, in dem es seine ständige Rechtsprechung zur Hamas auf die Hizb Al-

lah in ihrer Gesamtheit übertrug.² Auch die britische Entscheidung für ein Verbot der Terrororganisation Anfang dieses Jahres hat eine wichtige Rolle gespielt.

Bereits im November letzten Jahres hatte der Spiegel ein deutsches Verbot angekündigt³, diese Meldung wurde aber vom Sprecher des Innenministeriums umgehend dementiert.⁴ Vor allem in sicherheitspolitischen Kreisen gab es da bereits große Einigkeit über die Notwendigkeit eines Verbots der Hisbollah, aber es waren vor allem führende Außenpolitiker der SPD, die sich aus Rücksicht auf die deutsch-libanesischen Beziehungen und zur Wahrung offener Kanäle gegen ein Verbot aussprachen.⁵

Israelischer Mossad deckt Hisbollah Sprengstoff-Lager in Deutschland auf

Wieder einmal mussten die Israelis Entscheidungen westlicher Regierungen erst mit handfesten Beweisen nachhelfen. Auch wenn es politisch noch manchmal hakt, die Zusammenarbeit deutscher und israelischer Sicherheitsbehörden zugunsten der allgemeinen Sicherheit scheint jedenfalls prima zu funktionieren.

Das Contra aber kam aus verschiedenen Richtungen: Einige Denkfabriken hielten mit gut recherchierten Positionspapieren dagegen, so das MFFB⁶ oder auch das AJC^{7,8}. Hinter verschlossenen Türen brieften zudem BND, Verfassungsschutz und Co. Politiker der großen Koalition zur Causa. Und US-Botschafter Richard Grenell brachte das Thema unermüdlich in jedem seiner politischen Treffen in der deutschen Hauptstadt zur Sprache. Zu guter Letzt, so berichtet es die Jerusalem Post, hat der Mossad den wohl entscheidenden Nachweis erbracht und Hisbollah-Operativen in Deutschland den Besitz größerer Mengen an Sprengstoff nachgewiesen.⁹ Wie schon

- 1 https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/04/betaetigungsverbot-hizb-allah.html
- 2 https://www.bverwg.de/161115U1A4.15.0
- 3 https://www.spiegel.de/politik/ausland/bundesregierung-plant-hisbollah-verbot-a-1298692.html
- 4 https://twitter.com/BMISprecher/status/1200075034087305216?s=20 https://twitter.com/BMISprecher/status/1200175861527396354?s=20
- 5 https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/annen-spiegel-hisbollah/2198004
- 6 http://www.mideastfreedomforum.org/fileadmin/editors_de/Artikel/Policy_Paper/Mideast_Freedom_Forum_Berlin_-_10_Gruende_fuer_ein_Verbot_der_Hisbollah.pdf
- 7 https://ajcberlin.org/sites/default/files/downloads/ajc-berlinhisbollah-broschueredea4.pdf
- 8 https://www.ajc.org/news/setting-the-record-straight-on-hezbollah-full-report
- 9 https://www.jpost.com/international/germany-confirms-mossad-help-with-hezbollah-ban-but-upset-about-credit-627888





bei der Aushebung des iranischen Atomarchivs war der Umgang des israelischen Geheimdienstes mit dieser Information auch diesmal alles andere als geheim. Wieder ein-

Die gute Argumentationslinie von Außenminister Heiko Maas zum Hisbollah-Verbot wäre auch hinreichend, um eine dringend notwendige Wende in der deutschen Iranpolitik herbeizuführen.

mal waren es die Israelis, die die entscheidenden geheimdienstlichen Hinweise und Informationen lieferten, die im Kampf gegen den Terrorismus Entscheidungen westlicher Regierungen mit handfesten Beweisen unterfütterten. Auch wenn es politisch noch manchmal hakt, die Zusammenarbeit deutscher und israelischer Sicherheitsbehörden zugunsten der allgemeinen Sicherheit scheint jedenfalls prima zu funktionieren. Nach der Verlautbarung des

Verbots begrüßten die USA¹⁰ und Israel¹¹ den Schritt, während sich das iranische Außenministerium dazu hinreißen ließ, den Schritt offen zu kritisieren¹² und somit die enge Verbundenheit zwischen dem iranischen Regime und der Terrororganisation Hisbollah indirekt unter Beweis stellte – es ist schon bezeichnend, dass der Kopf schreit, wenn die Hand Verbrennungen erleidet. Auch die Initiative 27. Januar begrüßte den Schritt der Bundesregierung. 13

Wann kommt die Wende in der noch immer fatalen deutschen Iranpolitik?

Die gute Argumentationslinie von Außenminister Heiko Maas zum Hisbollah-Verbot wäre auch hinreichend, um eine dringend notwendige Wende in der deutschen Iranpolitik herbeizuführen:14

Doch auch im Umgang mit dem Iran verdichten sich die Anzeichen dafür, dass die Deutschen nur widerwillig auf den rechten Weg einlenken werden. Hierin sind sie nach

dem Churchill zugeschriebenen Zitat dann doch den Amerikanern nahe, über die der britische Premierminister einst zynisch bemerkte: "Man kann sich immer darauf verlassen, dass die Amerikaner das Richtige tun, nachdem sie alles andere versucht haben."

Wenn die Amerikaner im Oktober wie es sich abzeichnet, den UN-Sicherheitsrat darüber in Kenntnis setzen werden, dass der Iran gegen das Atomabkommen verstoßen hat, werden nach Artikeln 10-12 des JCPOA die unter Resolution 2231 ausgesetzten Sanktionen automatisch innerhalb von 30 Tagen wiedereingesetzt werden. Das bedeutete das Ende des Atomabkommens und damit auch einen notwendigen und erzwungenen Umschwung in der deutschen

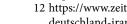
Position. Die Bundesregierung versucht derzeit mit Händen und Füßen, den Deal trotz zahlreicher und offener iranischer Verstöße zu bewahren. Selbst vor peinlichen PR-Stunts wie der Nutzung des ansonsten völlig wirkungslosen Instex-Mechanismus zur Bereitstellung von medizinischem Equipment gegen Corona schreckt man im Auswärtigen Amt nicht zurück, um sein Festhalten daran zu demonstrieren. Die Amerikaner haben die Auflösung des Atomabkommens angedroht, um das Auslaufen des fünfjährigen Embargos für konventionelle Waffen gegen den Iran zu verhindern, nachdem der iranische Chef des Atomprogramms Salehi offen zugegeben hatte, dass der Iran gegen das Atomabkommen verstößt.15



#Hisbollah leugnet das Existenzrecht Israels, droht mit Gewalt und Terror und rüstet ihr Raketenarsenal weiter massiv auf. Wir müssen in Deutschland die Mittel des Rechtsstaats ausschöpfen, um gegen kriminelle und terroristische Aktivitäten der Hisbollah vorzugehen.

9:37 vorm. - 30. Apr. 2020 - Twitter for iPhone

293 Retweets 1.241 "Gefällt mir"-Angaben



¹⁰ https://twitter.com/SecPompeo/status/1255913558195527690?s=20

¹⁵ https://carolineglick.com/the-final-days-of-the-iran-nuclear-deal/



¹¹ https://twitter.com/netanyahu/status/1255897557533941760?s=20 12 https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-05/hisbollah-islamisten-organisation-verbot-

deutschland-iran-kritik

¹³ https://initiative27januar.org/stellungnahme-zum-hisbollah-verbot/

¹⁴ https://twitter.com/HeikoMaas/status/1255763307404951552





Angesichts der oben genannten Licht- und Schattenseiten in den Beziehungen hat das offizielle Jubiläumslogo beinahe schon prophetische Aussagekraft: Es gibt echte Herzensverbindung und Freundschaft, aber in der deutschen Haltung auch Verkehrtes und Bereiche, in denen schwarz-rot Israel die kalte Schulter zeigt.

Initiative 27. Januar e.V. Haus der Bundespressekonferenz

Schiffbauerdamm 40 / 4302 10117 Berlin

Telefon 030 / 12 07 42 28 E-Mail berlin@initiative27januar.org

www.initiative27ianuar.org www.facebook.com/initiative27januar www.youtube.com/initiative27januar

Spendenkonto **Initiative 27. Januar:**

Empfänger: Initiative 27. Januar e.V. Evangelische Bank Kontonummer: 5 344 166 Bankleitzahl: 520 604 10 IBAN: DE03 5206 0410 0005 3441 66 BIC: GENODEF1EK1

Die Initiative 27. Januar e.V. ist beim Amtsgericht München im Vereinsregister (VR 20 25 70) eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zuwendungen an den Verein sind steuerabzugsfähig. Wenn Sie im Verwendungszweck Ihrer Spendenüberweisung Ihre Adresse angeben, bekommen Sie Anfang des nächsten Jahres für Ihre Spenden des vergangenen Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung per Post zugesandt, die zur Vorlage beim Finanzamt dient.



Ohne dazu gezwungen zu sein, sieht es nicht so aus, dass die Bundesregierung bereit wäre, von ihrem fatalen Kurs in der Iranpolitik abzuweichen. Nicht einmal offene und wiederholte Auslöschungsphantasien des iranischen Präsidenten gegenüber Israel haben ernstzunehmende, d.h. über Worte hinausreichende Konsequenzen für die deutsche Iranpolitik. Khamenei forderte jüngst wieder einmal die Entwurzelung und Zerstörung Israels¹⁶, propagierte eine "Final Solution", also eine Endlösung¹⁷ und auch die Auslöschung des "zionistischen Regimes"18

Licht und Schatten im 55. Jubiläumsjahr diplomatischer Beziehungen Deutschland-Israel

In Zeiten von Corona wurden die Feierlichkeiten anlässlich von 55 Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel stilecht in virtuellen Formaten

> begangen. Die Botschafter beider Länder gaben ein gemeinsames Interview, es gab einen virtuellen Israeltag – der Staatsbesuch von Bundespräsident Steinmeier in Israel musste Corona-bedingt leider abgesagt werden.

> Angesichts der oben genannten Licht- und Schattenseiten in den Beziehungen hat das offizielle Jubiläumslogo beinahe schon prophetische Aussagekraft: Es gibt echte Herzensverbindung und Freundschaft, aber in der deutschen Haltung auch Verkehrtes und Bereiche, in denen schwarz-rot Israel die kalte Schulter zeigt.¹⁹ Neben dem Iranthema wird auch die deutsche Haltung und Entschei-

dung in Bezug auf die für Juli angekündigte Ausweitung israelischer Souveränität über Judäa und Samarien (Westjordanland) eine ganz wesentliche Rolle darin spielen, "ob die deutsche Fünf wieder an ihren Platz kommt" – entgegen landläufiger Behauptungen handelt es sich im juristischen Sinne bei diesem Schritt der neu gewählten israelischen Regierung nicht um eine Annexion des Westjordanlandes, sondern vielmehr um die Ablösung des dort bislang geltenden Militärrechts durch die Anwendung des israelischen Grundgesetzes zu Gunsten der jüdischen und palästinensischen Bevölkerung.²⁰ Die von der Bundesregierung unterstützten Schritte des EU-Außenbeauftragten Borrell in der Angelegenheit und auch die Erklärung von Heiko Maas im Zuge der fünften Sitzung des deutsch-palästinensischen Lenkungsausschusses²¹ geben hier leider nicht allzu viel Anlass zur Hoffnung, auch wenn europäische Freunde wie Österreich, Ungarn oder Tschechien Israel zunächst einmal vor dem Zorn und den Sanktionsdrohungen der EU bewahrt haben. Aber wer weiß, vielleicht tut unsere Bundesregierung ja auch hier das Richtige, nachdem sie alles andere versucht hat.

Politisches Monitoring und dessen Analyse kosten eine Menge Zeit. Bitte unterstützen Sie unseren zweimonatlich erscheinenden Monitoring Report mit Ihrer Spende, vielen Dank!

- 16 https://twitter.com/khamenei_ir/status/1263749566744100864?s=21
- 17 https://twitter.com/jgreenblattadl/status/1262846367568887816?s=21
- 18 https://twitter.com/khamenei_ir/status/1263165539167371267?s=21
- 19 http://www.botschaftisrael.de/2020/03/19/das-offizielle-logo-zu-il55de/
- 20 https://twitter.com/EVKontorovich/status/1261981940367925248?s=20
- 21 https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/pse-lenkungsausschuss/2342684



POSITIONS PAPIER

Stand 07/2019

UNRWA und die Palästinaflüchtlinge: Teil der Lösung oder Teil des Problems der Flüchtlingsfrage?

Eine deutsche zivilgesellschaftliche Perspektive

Einleitung

Nachdem die Briten erklärt hatten, das vom Völkerbund in 1922 erlassene britische Mandat Palästina um 24:00 Uhr des 14. Mai 1948 niederlegen zu wollen, ohne ihrer Verantwortung zur Wiedererrichtung einer jüdischen Heimstätte im Mandatsgebiet Palästina nachgekommen zu sein, erklärte David Ben Gurion in den letzten Stunden des Mandats noch am selben Tag die Unabhängigkeit des jüdischen und demokratischen Staates Israel. Er nahm dabei u.a. Bezug auf Resolution 181, den "UN-Teilungsplan", der ein Jahr zuvor von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet, jedoch von den arabischen Nachbarn abgelehnt worden war. Nur einen Tag später begannen fünf arabische Armeen mit einem Angriffskrieg gegen den neugegründeten jüdischen Staat, der um seine Existenz kämpfen musste und entgegen aller Wahrscheinlichkeit siegreich aus dem Konflikt hervorging.

Etwa 700 bis 800.000 arabisch-palästinensische Menschen flohen vor den kriegerischen Handlungen in umliegende arabische Länder – viele waren den Aufrufen arabischer Propaganda gefolgt, um nach dem erwarteten Sieg über die Juden zurückzukehren, einige von ihnen waren vertrieben worden. Etwa 160.000 von ihnen nahmen das Angebot des jüdischen Staates an, israelische Staatsbürger zu werden. Zeitgleich wurden auch etwa 900.000 bis 1.000.000 Juden aus den arabischen Gebieten vertrieben. Während Israel einen Großteil dieser jüdischen Flüchtlinge aufnahm und in einem nationalen Kraftakt zu integrierten versuchte, was schließlich auch gelang, verfuhren die arabischen Staaten Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten mit den arabisch-palästinensischen Flüchtlingen anders: Jene sahen sich mit großer Ablehnung, Ausgrenzung und existenziellen Problemen in ihren Aufnahmeländern konfrontiert.

Gründung und Entwicklung des UNRWA

Um ihr Leid zu lindern gründete die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) zunächst die United Nations Relief for Palestine Refugees (UNRPR). Ein Jahr später im Dezember 1949 verabschiedete diese Resolution 302, die das Hilfswerk für die Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA – United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) gründete und als Sukzessor der UNRPR bestimmte. Es ist wichtig festzuhalten, dass der Arbeit des Hilfswerks UNRWA kein Abkommen, sondern lediglich eine UNGA-Resolution zugrunde liegt, die alle drei Jahre von der UNGA zu erneuern ist, das aktuelle Mandat endet im Juni 2020.

Das ursprüngliche Mandat des Hilfswerks (UNRWA) bestand für einen ersten Zeitraum von drei Jahren darin, denjenigen arabisch-palästinensischen Flüchtlingen humanitär beizustehen, "deren ständiger Wohnsitz zwischen 1. Juni 1946 und 15. Mai 1948 in Palästina lag und die ihren Wohnsitz und ihre Lebensgrundlage durch den Arabisch-Israelischen Krieg von 1948 verloren haben."² Bis Anfang der 1950er Jahre beinhalteten die relevanten UNGA-Resolutionen noch den Auftrag der Reintegration der Flüchtlinge. Von 1949-1960 arbeitete das UNRWA basierend auf Ziffer 11 der Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948 ähnlich wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees) mit dem Ziel der Reintegration durch Wiederansiedlung oder Umsiedlung. Doch die Flüchtlingsfrage wurde zunehmend politisiert und schließlich wurden die arabisch-palästinensischen Flüchtlinge von den arabischen Nationen auf zynische Weise zum politischen Druckmittel gegen Israel instrumentalisiert. Bereits in 1952 bemerkte Lt. Gen. Alexander Galloway, Direktor des UNRWA in Jordanien:

"Es ist absolut offensichtlich, dass die arabischen Nationen das arabische Flüchtlingsproblem nicht lösen wollen. Sie wollen es als eine offene Wunde behalten, als Affront gegen die Vereinten Nationen und als Waffe gegen Israel. Arabische Führer interessiert es einen Dreck, ob die Flüchtlinge leben oder sterben." (Übersetzt aus dem Englischen) ³

¹ https://www.unrwa.org/ctent/general-assembly-resolution-302

² https://www.unrwa.org/palestine-refugees

³ https://foreignpolicy.com/2018/08/17/unrwa-has-changed-the-definition-of-refugee/

So verschwand in den 60ern der Auftrag der "Reintegration" aus den UN-Resolutionen. In 1965 wurde der Vorsatz der Arabischen Liga die arabisch-palästinensischen Flüchtlinge nicht integrieren zu wollen, sondern im Flüchtlingsstatus zu halten, mit dem Casablanca-Protokoll zur offiziellen Politik der arabischen Staaten erhoben.⁴ Konsequenterweise haben weder der Libanon, noch Syrien, noch Jordanien je die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) ratifiziert, sind damit keine Vertragspartei des UNHCR und arbeiten (mit Ausnahme Jordaniens) aktiv gegen die Integration und Naturalisierung der palästinensischen "Flüchtlinge" in den Aufnahmestaaten und halten an der Forderung des "Rechtes auf Rückkehr" fest.

Mit der inzwischen beinahe automatischen Mehrheit für israelkritische Resolutionen in der UNGA strickte man das Mandat der UNRWA einfach um und verlagerte dessen Fokus von der Reintegration weg auf den Aufbau und Unterhalt eines Schulwesens, später kamen noch weitreichende Aktivitäten im Gesundheits- und Sozialwesen hinzu. Da weder die Resolution 302 (IV) der UN-Generalversammlung vom 8. Dezember 1949 noch irgendeine spätere UN-Generalversammlungsresolution dem Mandat von UNRWA konkrete Grenzen setzten, entwickelte sich das Mandat von UNRWA im Laufe der Zeit mit Zustimmung der Generalversammlung weiter. Auf diese Art und Weise übernahm UNRWA neben humanitären mehr und mehr staatliche Aufgaben und wurde zu einem quasi-staatlichen Akteur – treffend bezeichnete sich z.B. der deutsche UNRWA-Chef in Gaza, Matthias Schmale in einem Interview kürzlich als "Gouverneur". Es entstanden und bestehen seither ökonomisch unsinnige Parallelstrukturen (z.B. Schulen oder Krankenhäuser) zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und UNRWA, die aber politisch gewollt sind und deswegen parallel aufrechterhalten werden. UNRWA hat auf diesem Wege seit beinahe 70 Jahren ein System geschaffen, das der Abhängigkeit der Flüchtlinge anstelle von Eigenständigkeit und Selbstbestimmung Vorschub leistet.

Speziell gewollter Flüchtlingsstatus

Die arabisch-palästinensischen Flüchtlinge sind die einzige Flüchtlingsgruppe der Welt, die nicht durch das Flüchtlingshilfswerk der UNHCR betreut wird bzw. für die eine spezielle Flüchtlingsdefinition gilt und die damit im Flüchtlingsregime der VN eine Sonderrolle einnimmt. Auf Drängen der arabischen Staaten ⁶ wurden nämlich Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre sowohl im Text der Genfer Flüchtlingskonvention (Absatz 1D) als auch im Gründungsdokument des UNHCR (Siehe Punkt 7c) Abschnitte implementiert, die bedingen, dass von der UNRWA betreute Flüchtlinge nicht unter den Flüchtlingsstatus der GFK fallen und damit auch nicht in den Mandatsbereich des UNHCR. Ähnliche Vorkehrungen wurden 1954 im Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen getroffen; auch hier werden von der UNRWA betreute Personen exkludiert. Die durch das UNRWA betreuten Flüchtlinge unterliegen damit einzig und allein der Flüchtlingsdefinition des UNRWA und dem damit verbundenen speziellen Flüchtlings- und rechtlichen Status.

Arabisch-palästinensische Flüchtlinge befinden sich seither in einem arabisch-konzipierten und gewollten legalen Limbo: Ausgeschlossen von dem Geltungsbereich der GFK (Genfer Flüchtlingskonvention Absatz 1D) und dem Mandat des UNHCR (Punkt 7c) wird ihnen fortwährend der Zugang zu anderen Flüchtlingsprogrammen der Vereinten Nationen, die einen Ausweg aus dem Flüchtlingsdasein bieten könnten verwehrt. Ohne UN-Organ, das daran arbeitet sie in ein bürgerliches, selbstbestimmtes Leben in Würde zurückzuführen, fungiert UNRWA als ewig perpetuierende Instanz des Status Quo. Dabei kommt der Umstand zum Tragen, dass UNRWA in seinem Mandat und Arbeiten durch Resolutionen der UNGA bestimmt wird und damit potentiell drei-jährlichen Veränderungen unterworfen ist. Tatsächlich hat sich der Flüchtlingsbegriff, mit dem das UNRWA arbeitet, über die Jahre gewandelt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung fasst die Aussagen des UNHCR in dessen umfangreichen und höchst aufschlussreichen Papier über die Zuständigkeitsbereiche des UNHCR und UNRWA bei Palästina-Flüchtlingen 7 wie folgt zusammen:

"Obwohl der Begriff "Palästina-Flüchtling" zentral für die Arbeit der UNRWA ist, liegt keine Definition der VN-Vollversammlung vor. Die VN-Vollversammlung genehmigt jedoch implizit die in den jährlichen Berichten des UNRWA-Generalsekretärs enthaltenen Arbeitsdefinitionen. Laut Artikel III.A.1. der aktuellsten Zulässigkeits- und Registrierungsrichtlinien ⁸ können sich all jene als Palästina-Flüchtling registrieren lassen, "deren ständiger Wohnsitz zwischen dem 1. Juni 1946 und dem 15. Mai 1948 in Palästina lag und die ihren Wohnsitz und ihre Lebensgrundlage als Resultat des Konflikts von 1948 verloren haben. Palästina-Flüchtlinge und Nachkommen männlicher Palästina-Flüchtlinge, einschließlich adoptierter Kinder, können sich für UNRWA Dienstleistungen registrieren. Das Flüchtlingswerk akzeptiert neue Anträge von Personen, die sich als Palästina-Flüchtlinge registrieren lassen möchten." ⁹ (Hervorhebung vom Autor)

Mit anderen Worten: Der UNRWA-Generalsekretär entscheidet über die Arbeitsdefinition dessen, wer zu der Klientel seines Hilfswerks gehört, selbst. Die UN-Vollversammlung wird im Regelfall seiner Definition dann Legitimität verleihen.

- 4 https://www.refworld.org/docid/460a2b252.html
- 5 https://www.youtube.com/watch?v=f8niWF_TffM Ab Min 4:40-5:40
- 6 http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/229614/unrwa?p=all
- 7 https://www.refworld.org/pdfid/3dca83437.pdf
- 8 https://www.unrwa.org/sites/default/files/2010011995652.pdf
- 9 https://www.kas.de/web/palaestinensische-gebiete/fluechtlinge

Der UNHCR selbst bringt das auf den Punkt: "UNRWA hat für die Zwecke ihrer Arbeit beschlossen, dass jede Person als "Palästinaflüchtling" anzusehen ist, "deren normaler Wohnort im Zeitraum zwischen 1. Juni 1946 und 15. Mai 1948 Palästina war und die infolge des Konflikts von 1948 ihr Heim und ihre Existenzgrundlage verloren hat". Diese "Arbeitsdefinition" hat sich im Laufe der Jahre gewandelt¹⁰ [...] Zu den bei UNRWA registrierten Personen zählen: "Palästina-Flüchtlinge" in der vom Hilfswerk beschlossenen Arbeitsdefinition;" (Hervorhebung vom Autor)

Es können wenigstens drei wesentliche Änderungen in der Flüchtlingsdefinition nachvollzogen werden (nachzulesen bei Steven J. Rosen)¹¹:

- Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs auf die dritte Generation der Flüchtlings-Nachkommen in der männlichen Linie: Durch Generalsekretär Laurence Michelmore ¹²
- 1982 Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs auf alle Nachkommen der Flüchtlinge: UNGA-Resolution ohne Debatte oder separate Abstimmung
- 1992 Einführung des neuen Terminus "Registrierter Flüchtling" / "Registrierter Palästinensischer Flüchtling"

Realitätsverzerrende Besonderheiten des Flüchtlingsstatus bei UNRWA

Die so entstandene Arbeitsdefinition des Flüchtlingsbegriffs beinhaltet sechs Besonderheiten, die zur Vervielfachung der Anzahl sowie zu einer Aufbauschung der Leistungen der durch UNRWA betreuten "Flüchtlinge" führen:

1. Unbegrenzte und automatische Vererbbarkeit des Flüchtlingsstatus

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat zu der Thematik ein fundiertes Papier veröffentlicht und schlussfolgert: "Die Tatsache, dass der Flüchtlingsstatus der bei UNRWA registrierten Flüchtlinge patrilinear an ihre Nachkommen weitergegeben wird, stellt international einen juristischen Ausnahmefall dar und hat dafür gesorgt, dass die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge sich über die Jahrzehnte von rund 700.000 auf etwa fünf Millionen erhöht hat." ¹³

Verbunden mit dem von palästinensischen Leitern geforderten "Recht auf Rückkehr" stellen die inzwischen 5,3 Millionen "registrierten Flüchtlinge" eine existentielle Gefahr für den jüdischen Staat Israel dar, dessen jüdische Bevölkerungsmehrheit infolge einer Aufnahme dieser Flüchtlinge in Israel zur Minderheit würde – Israel würde auf demografisch-demokratischem Weg als jüdischer Staat abgeschafft! Dabei umfasst die tatsächliche Flüchtlingspopulation von 1946-48 nur noch etwa 20-50.000 Personen. Doch selbst deren Kinder, Enkel und Urenkel werden von UNRWA automatisch als "registrierte Flüchtlinge" gerechnet. Sie erhalten einen derivativen Flüchtlingsstatus, d.h. sie besitzen keinen primären Flüchtlingsstatus, sondern ihr Recht auf Leistungen und Dienste der UNRWA hängt von dem primären Flüchtlingsstatus des Familienmitglieds ab, über das sie in den derivativen Flüchtlingsstatus hineingelangt sind. Sie bekommen dieselben Leistungen wie der Flüchtling der ersten Generation, nicht dessen Status, argumentieren Jay Sekulov ¹⁴, Amos Daled ¹⁵ und Uri Akavia. ¹⁶ Diese Experten bezweifeln und widersprechen dem weitverbreiteten (auch von UNRWA genutzten) Argument, die Regelung zur Vererbbarkeit des UNRWA-Flüchtlingsstatus entspräche dem Modus Operandi des UNHCR.

¹⁰ Siehe z. B. UN Doc. A/1451/Rev.1, Interim Report of the Director of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, 6. Oktober 1950, Absatz 15: "Für die Zwecke seiner Tätigkeit hat das Hilfswerk beschlossen, dass unter einem Flüchtling eine bedürftige Person zu verstehen ist, die infolge des Krieges in Palästina ihr Heim und ihre Existenzgrundlage verloren hat"; UN Doc. A/2717/Add.1, Special Report of the Director of the Advisory Commission of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, 30. Juni 1954, Absatz 19: "Anspruch auf Nothilfe hat laut der vom Hilfswerk seit einigen Jahren verwendeten Definition eine Person, 'die mindestens zwei Jahre unmittelbar vor Ausbruch des Konflikts des Jahres 1948 in Palästina ansässig war und die infolge dieses Konflikts sowohl ihr Heim als auch ihre Existenzgrundlage verloren hat"; UN Doc. A/8413, Report of the Commissioner-General of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, 30. Juni 1971, Fußnote 1: "Ein Palästinaflüchtling im Sinne der Arbeitsdefinition von UNRWA ist eine Person, die mindestens zwei Jahre unmittelbar vor Ausbruch des Konflikts des Jahres 1948 in Palästina ansässig war und die infolge dieses Konflikts sowohl ihr Heim als auch ihre Existenzgrundlage verloren hat und 1948 in einem der Länder, in dem UNRWA Nothilfe leistet, Zuflucht gesucht hat."

¹¹ https://www.meforum.org/meq/pdfs/3344.pdf S.6

^{12 &}quot;The Palestine Question, Report of the UNRWA Commissioner-General," Yearbook of the United Nations 1965, New York, Dec. 31, 1965, chap. XIV

¹⁴ https://foreignpolicy.com/2018/08/17/unrwa-has-changed-the-definition-of-refugee/

¹⁵ https://israelbehindthenews.com/unrwa-has-no-basis-for-creating-generations-of-palestinian-arab-refugees-daled-amos/18296/

¹⁶ https://en.kohelet.org.il/publication/is-unrwas-hereditary-refugee-status-for-palestinians-unique

2. Verwendung des Terminus "Registrierter Flüchtling" für Nicht-Flüchtlinge

UNRWA nutzt den Terminus "Registrierter Flüchtling", um die Tatsache zu umgehen und zu verschleiern, dass es juristisch überhaupt keine internationale Befugnis dazu besitzt jemandem den Flüchtlingsstatus zu verleihen – ein Status, der in internationalem Recht und entsprechenden Konventionen verfasst ist. UNRWA könnte seine Klienten auch anders betiteln; aber UNRWA nutzt den Terminus, um bewusst eine falsche Impression hervorzurufen, als wären die durch UNRWA registrierten Personen allesamt Flüchtlinge gemäß den internationalen Konventionen. Tatsächlich aber sind sie das in diesem Sinne gerade nicht.

3. Beibehalten des Flüchtlingsstatus selbst bei erfolgreicher Umsiedlung

Für palästinensische Staatenlose, die als Flüchtlinge bei UNRWA registriert sind, gilt, dass die Genfer Flüchtlingskonvention auf sie ausdrücklich keine Anwendung findet. Sie können daher auch nicht an Resettlement-Programmen der UN teilnehmen; sie müssen in Drittstaaten nicht als Flüchtlinge anerkannt werden. Selbst der Erwerb einer Staatsbürgerschaft, wie im Falle der über zwei Millionen Palästinenser mit jordanischer Staatsbürgerschaft in Jordanien, führt nicht zu einer Streichung von den UNRWA-Listen, die Menschen sind in ihrem Flüchtlingsstatus gefangen.

4. Beibehalten des Flüchtlingsstatus selbst bei Verlassen des Mandatsgebiets der UNRWA

UNRWAs Mandatsgebiet umfasst folgende Gebiete: Libanon, Syrien, Jordanien, Westbank und Gaza. Verlässt ein von UNRWA registrierter Flüchtling diese Gebiete dauerhaft, müsste UNRWA ihn von den Listen streichen, tut das aber nicht. Auf diese Weise sind in Syrien und Libanon noch immer ein Million "registrierte Flüchtlinge" registriert, obgleich die realen Zahlen eher in Richtung 250.000 tendieren.

5. Ausschließlichkeit des Lösungsansatzes: Recht auf Rückkehr

Das UNRWA weigert sich irgendeine alternative Lösung außer der "Rückkehr" nach Israel in Betracht zu ziehen, auch wenn es das könnte – und zwar in ein Land, in das kaum einer der "Flüchtlinge" je seinen Fuß gesetzt hat. Es geht um eine "Rückkehr", und das ist der springende und eigentlich intentionierte Punkt mit dem Ziel, das jüdische Volk seines universellen Rechtes zur Selbstbestimmung in einem eigenen Staat zu berauben. Das ist ein völkerrechtlich und politisch beispielloser Vorgang. In allen anderen Flüchtlingssituationen nämlich werden Rehabilitation und Umsiedlung in Drittstaaten als gleichwertige Lösungen gegenüber der Rückkehr/Wiederansiedlung betrachtet.

6. Anwendung des Flüchtlingsbegriffs auf Binnenflüchtlinge

UNRWA erkennt Palästinenser, die im Gazastreifen und unter der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland leben als "Flüchtlinge" an. Das bedeutet, dass zugelassen wird, dass Menschen, die anhand ihrer eigenen Aussagen in Palästina geboren wurden und dort unter einer palästinensischen Führung leben trotzdem als Flüchtlinge aus Palästina gelten, auch wenn sie die international anerkannte Grenze des Mandatsgebiets Palästina nie überschritten haben.

Damit ist es im Falle des UNRWA gelungen ein Perpetuum Mobile zu erschaffen: Eine über Generationen hinweg stetig wachsende und nach oben hin nicht gedeckelte Zahl von "Registrierten Palästinensischen Flüchtlingen", die zugleich sämtlicher Möglichkeiten des Entkommens aus dem Flüchtlingsstatus beraubt ist, bedarf parallel wachsender UNRWA-Strukturen. Das bedeutet konkret: Das UNRWA hat das perfekte Klienten-Bindungssystem entwickelt – d.h. solange die Staatengemeinschaft bereit ist, das ebenfalls wachsende und nach oben hin offene Budget auch künftig zu bedienen.

Die Bundesregierung erkennt in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage an, dass es einen "besonderen Status der Palästina-Flüchtlinge" gibt. So sei der Flüchtlingsstatus "ein flüchtlingsrechtliches Sonderregime, das den Betroffenen über die Rechte der Genfer Flüchtlingskonvention hinaus die Vererbbarkeit des Flüchtlingsstatus gewährt." ¹⁷

Die Geschichte der Beziehungen zwischen der BRD und UNRWA

Die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für das Hilfswerk für die Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) begann im Jahr 1969. Die frühen Jahre des UNRWA, in denen das Hilfswerk noch dem Ziel der Reintegration und der Umsiedlung der arabisch-palästinensischen Flüchtlinge verpflichtet war, liegen damit jenseits des deutschen Erfahrungshorizontes. Ab 1969 unterstützte die BRD das UNRWA mit jährlichen Zahlungen in Höhe von zwei Millionen

DM zu unterstützen, bis 1989 steigerte sich das Volumen der Hilfszahlungen auf ca. 10 Millionen DM jährlich. ¹⁸ In zwei Abkommen im Jahr 1968 und auch nach dem deutschen Beitritt zu den Vereinten Nationen 1973 wurden Sondermittel in Höhe von 50 bzw. 25 Millionen DM bewilligt; außerdem flossen jährlich einstellige Millionenbeträge über die Europäische Gemeinschaft, sowie Nahrungsmittelhilfen (Zucker, Weizen etc.). ¹⁹ Aus Sitzungsprotokollen und Bundestagsdrucksachen lässt sich rekonstruieren, dass sich das UNRWA ab 1960 beinahe kontinuierlich im finanziellen Krisenmodus befand. Die USA und die EU trugen die finanzielle Hauptlast für das spendenbasierte Werk, arabische Staaten zahlten nur sehr geringe Beiträge, die Ostblockstaaten gar nichts. Die UNRWA wurde als Vehikel zur humanitären Hilfe gewollt und finanziert, obwohl man erkannte, dass arabische Staaten diesen Umstand schamlos ausnutzten und der Umsiedlung und Lösung der Flüchtlingsfrage aktiv entgegenstanden. So bemerkte Staatsministerin Frau Dr. Hamm-Brücher im Oktober 1981 resignativ: "Die schwierige Finanzlage der Organisation ist im übrigen auch ein Ergebnis der Tatsache, daß sich der Ostblock Beitragsleistungen bisher verschlossen hat und die arabischen Staaten nur geringe, wechselnde Beiträge leisten, die ihrem politischen Engagement für die Palästinenser nicht entsprechen." [sic] ²⁰

Die Beziehungen der BRD zum UNRWA heute

In ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage vom März 2018 (Drucksache 19/1126) legt die Bundesregierung die Auszahlungen der Bundesregierung an UNRWA zwischen den Jahren 2005 und 2017 offen (exklusive der Mittel, die über den deutschen Beitrag zum EU-Haushalt an die UNRWA gezahlt werden) in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der FDP-Fraktion vom Dezember des gleichen Jahres (Drucksache 19/6710) wird auch die Höhe der Ausgaben in 2018 beziffert und zwar auf 145 Millionen Euro. **Damit hat sich die Höhe der deutschen Zahlungen an das UNRWA in den letzten 14 Jahren mehr als verfünfzigfacht.**

Das UNRWA als politischer Player

In dem hoch politisierten Kontext der UNRWA und seinem Agieren "zwischen den Stühlen" von Gastgeberländern, Geberländern, den Vereinten Nationen und Israel ist auch das UNRWA längst zum politischen Player geworden, auch wenn es kein politisches Mandat besitzt und die Bundesregierung in ihren Antworten zu Kleinen Anfragen Unwissenheit angesichts offensichtlicher politischer Aktivitäten der UNRWA vorgibt. Das Jerusalem Institute of Justice bringt konkrete Beispiele für politische Aktivitäten der UNRWA, die sich an maximalistischen Positionen der Hamas orientieren.²¹ Die Nähe mancher Aussagen von leitendem UNRWA-Personal zu Forderungen der Hamas ist bedenklich, besonders, wenn man sich vor Augen hält, dass im Gaza-Konflikt von 2014 des Öfteren von einem aktiven Miteinbezug von UNRWA-Einrichtungen in kriegerische Handlungen seitens der Hamas berichtet wurde: So wurden in mindestens drei Fällen UNRWA-Schulen zur Lagerung von Raketen missbraucht²² – UNRWA verurteilte das zwar, übergab aber die gefundenen Raketen "der Regierung", sprich, der Hamas! Und drei israelische Soldaten starben bei der Detonation einer Sprengfalle in einer medizinischen Einrichtung mit UNRWA-Plakette am Eingang.²³

Die Schulbuchthematik und radikalisierte Lehrer

Auch ein weiterer Themenbereich stimmt nachdenklich: UNRWA betreibt in den fünf Gebieten seines Mandats 711 Schulen, an denen 526.646 Kinder unterrichtet werden. Hierzu verwendet das UNRWA die Lehrmaterialien des Gastgeberlandes – im Fall des Westjordanlandes und des Gazastreifens die Schulbücher der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Auch wenn die Schulbücher als gut erforscht und untersucht gelten, werden doch immer wieder neue und nicht abnehmende Vorwürfe laut, die Schulbücher beinhalteten antisemitisches, anti-israelisches Gedankengut und würden nicht die Werte von Toleranz und der Erziehung zur friedlichen Koexistenz vermitteln. Es gibt eine relativ große Bandbreite von Untersuchungen und Studien zu dieser Thematik.²⁴ Eine ausgiebige Studie, die auch ihren Eingang in den deutschen Bundestag gefunden hat, hat das Mideast Freedom Forum Berlin in Zusammenarbeit mit der international renommierten Organisation ImpactSE erarbeitet.²⁵

¹⁸ http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/11/075/1107508.pdf S.8

¹⁹ http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/08/021/0802155.pdf S.17

²⁰ http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/09/09059.pdf S.3450 (zu Frage 66)

²¹ https://jij.org/wp-content/uploads/2015/06/JIJ-Report-Forever-Refugees-edited-March-2015.pdf S.13-15

²² https://www.timesofisrael.com/rockets-found-in-unrwa-school-for-third-time/

²³ https://www.timesofisrael.com/3-idf-soldiers-killed-in-booby-trapped-unrwa-clinic/

²⁴ http://www.gei.de/de/projekte/abgeschlossene-projekte/friedenspaedagogische-ansaetze-im-geschichts-geographie-und-civics-unterricht-in-israel-und-palaestina.html#c3679

²⁵ http://www.mideastfreedomforum.org/fileadmin/editors_de/Broschueren/MFFB_Bildung_-_Palaestinensische_Schulbuecher 2017.pdf

Über Jahre hinweg behauptete das UNRWA Komplementärmaterialien zur Begleitung einiger beanstandeter Passagen zu nutzen und seine Lehrer dazu anzuhalten, diese hinzuzuziehen. Doch entgegen den Beteuerungen der UNRWA hat das so in der Realität nie stattgefunden, wie ein kürzlich deklassifiziertes Dokument des US-Außenministeriums offenlegte. Interne Kontrollmechanismen" der UNRWA, auf die sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drucksache 19/2545) beruft und verlässt, scheinen hier versagt zu haben und nicht auszureichen. Gerade auf dem zukunftsträchtigen Gebiet der Bildung ist eine Erziehung zur Toleranz, friedlichen Koexistenz, Würde und Respekt unabdingbar.

Neben den in UNRWA-Schulen genutzten Materialien gibt es einen zweiten großen Faktor, der die Lehr- und Lerninhalte maßgeblich beeinflusst: Die Lehrer. Die Organisation "UN-Watch" deckte hier in 2017 ein erschreckendes Maß von Antisemitismus, Hitler- und Terrorverehrung und Holocaust-Leugnung unter den Lehrkräften an UNRWA-Schulen auf.²⁷

Deutsche Politik: Zur Lösung beitragen ist möglich!

In der Beschäftigung mit dem UNRWA wird deutlich: Die Flüchtlingsfrage ist eine der Kernfragen des Nahostkonfliktes. Der momentane Status Quo bewegt sich nicht auf eine Lösung zu, vielmehr vergrößert er die Spannungen relativ zum Bevölkerungswachstum der "Flüchtlingspopulation".

Eines der Kernziele deutscher Nahostpolitik sollte es sein, einen Beitrag zur Lösung, nicht jedoch zur Beibehaltung der Flüchtlingsfrage zu leisten.

Dazu ist es vonnöten, dem Sonderstatus der Palästinaflüchtlinge oder "Anachronismus", wie Martin Klingst ihn in seiner Kolumne in der Zeit² bezeichnete, beizukommen. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages konkludiert seine Ausführungen zum Status der staatenlosen Palästinenser mit folgendem Appell: "Grundsätzlich läge es primär an den arabischen Staaten, den rechtlichen Status der Palästinenser zu normalisieren und ihnen durch Verleihung der Staatsbürgerschaft Perspektiven zu eröffnen, die sie jetzt nicht haben."²⁹ Die Rolle, d.h. die Verantwortung und bisherige Weigerung der arabischen Staaten bezüglich der Lösung der Flüchtlingsfrage muss klar benannt werden. **Darauf hinzuwirken, dass arabische Staaten ihrer Verantwortung nachkommen, zur Lösung der Flüchtlingsfrage beizutragen und ihre Verweigerungshaltung aufzugeben, sollte zugunsten einer zukünftigen Friedenslösung zu einem wesentlichen Element deutscher Nahostpolitik werden.**

Positionen der Initiative 27. Januar:

- 1. Deutschland sollte unter Fortsetzung seiner humanitären Hilfe an hilfsbedürftige Palästinenser klar kommunizieren, dass es die "Registrierten Flüchtlinge" nicht als Flüchtlinge anerkennt. Als Flüchtlinge sollten nur solche Personen anerkannt werden, "deren ständiger Wohnsitz zwischen 1. Juni 1946 und 15. Mai 1948 in Palästina lag und die ihren Wohnsitz und ihre Lebensgrundlage durch den Arabisch-Israelischen Krieg von 1948 verloren haben."
 - a. Palästinenser, die dieser Definition nicht entsprechen, sollten humanitäre Hilfe ausschließlich als "andere hilfsbedürftige Palästinenser", nicht aber unter dem Titel "Flüchtlingshilfe" erhalten.
 - b. Die Bundesregierung sollte in der Generalversammlung im Zuge der Verhandlungen über die Verlängerung des UNRWA-Mandates ab Juni 2020 und auch darüber hinaus darauf drängen, dass das UNRWA den irreführenden Begriff der "Registrierten Flüchtlinge" oder "Registrierten Palästinensischen Flüchtlinge" durch einen neutraleren, falsche Implikationen und Deutungen ausschließenden, Begriff ersetzt. Denkbar wäre beispielsweise "Registrierter Hilfsbedürftiger Palästinenser".
- 2. Durch UNRWA versorgte "registrierte Flüchtlinge", die der obigen, unter Punkt 1 genannten ursprünglichen Flüchtlingsdefinition nicht entsprechen, haben kein "Recht auf Rückkehr". Die Bundesregierung sollte dem vermeintlichen und von Palästinensern propagierten Recht auf Rückkehr ins israelische Kernland eine klare Absage erteilen. Eine solche "Lösung" würde auf demokratisch-demografischem Wege das Ende Israels als jüdischem Staat bedeuten und widerspricht damit der erklärten Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland.
- 3. Die Arbeit des UNRWA sollte nicht mehr der Perpetuierung der Flüchtlingsfrage dienen, sondern zu deren Lösung durch die Naturalisierung der Flüchtlinge und ihrer Nachkommen beitragen. Die Bundesregierung sollte dazu

²⁶ https://www.un.org/unispal/document/us-government-accountability-office-unrwa-textbook-report/

²⁷ https://www.unwatch.org/130-page-report-unrwa-teachers-incite-terrorism-antisemitism/

²⁸ https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-01/un-hilfswerk-unrwa-donald-trump-usa-zahlungen-palaestinenser-5vor8

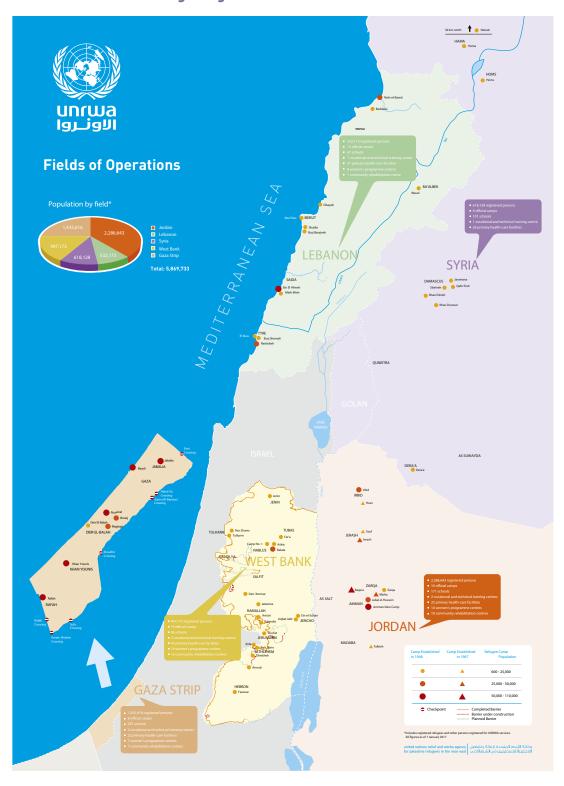
²⁹ https://www.bundestag.de/resource/blob/564214/ac302f4c6cadb2d7fd79bbcdbacd2841/wd-2-057-18-pdf-data.pdf S.8

konkrete und klar kommunizierte Schritte unternehmen, die darauf abzielen die Aktivitäten des UNRWA wieder einer Politik der Reintegration, Rehabilitation und Umsiedlung unterzuordnen. Letztere sind legitime Lösungen in der internationalen Flüchtlingshilfe, dies sollte auch im Fall der Palästinenser gelten.

- a. Sämtliche deutsche Zahlungen an das UNRWA müssen konditioniert und mit quantifizierbaren Zielen versehen werden. Damit befasste Bundesministerien sollen dem Haushaltsauschuss des Bundestages jährlich dazu berichten. Zukünftige Zahlungen an das UNRWA sollen vom Haushaltsausschuss nach Maßgabe des Grades der Beachtung und Umsetzung dieser Konditionen und Ziele beschlossen werden. Eine zeitliche Deadline, quasi als Verfallsdatum, nach deren Ablauf nicht genutzte Gelder wieder in den Bundeshaushalt zurückfließen würden, könnte zusätzlich als Anreiz dienen, die notwendigen Änderungen in der Arbeit von UNRWA zeitnah einzuleiten.
- b. Die Bundesregierung sollte darauf drängen, teure Parallelstrukturen zwischen dem mittlerweile seit 70 Jahren aktiven UNRWA und der seit 25 Jahren bestehenden Palästinensischen Autonomiebehörde, z.B. Schulen, Hospitäler oder soziale Einrichtungen unter der PA zu zentralisieren. Eine Zusammenlegung der Angebote und deren Öffnung für die beim UNRWA "registrierten Flüchtlinge" und andere Palästinenser würde zum einen deutliche Kosteneinsparungen mit sich bringen und zum anderen der (Re)-Integration der "registrierten Flüchtlinge" helfen.
- c. Die Bundesregierung sollte Anreize zur Rehabilitierung schaffen, um tatsächliche palästinensische Flüchtlinge zu entschädigen und damit zur Beendigung ihres Flüchtlingsstatus beitragen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat aufgezeigt, dass gewisse Anreize durchaus dazu führen könnten, eine Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung zu einem Vergleich mit Israel zu bewegen, wodurch eines der Haupthindernisse für Frieden in der Region effektiv aus dem Weg geschafft werden könnte. ³⁰
- d. Die Erlangung einer Staatsbürgerschaft wie im Falle der über zwei Millionen Palästinenser mit jordanischer Staatsbürgerschaft in Jordanien, sollte eine gleichwertige Rechtsstellung im entsprechenden Land bedingen und demnach zur Streichung dieser Person von den UNRWA-Listen führen. Die Bundesrepublik Deutschland sollte darauf hinwirken, dass der Flüchtlingsstatus für Menschen aufgelöst wird, die eine Staatsbürgerschaft eines Aufnahmelandes erfolgreich angenommen haben.
- e. Sollte eine Reintegration in den Nachbarstaaten Israels nicht möglich oder von den entsprechenden Staaten weiterhin blockiert bleiben, sollten den "Registrierten Flüchtlingen" Möglichkeiten eröffnet werden, sich durch Teilnahme an Resettlement-Programmen unter der Genfer Flüchtlingskonvention in anderen Staaten im Nahen Osten anzusiedeln, um vom UNHCR Hilfe zu einem selbstbestimmten Leben in Würde in Anspruch nehmen zu können.
- 4. Deutschland sollte darauf drängen zu erfahren, wie viele Palästinenser das UNRWA in den fünf Gebieten seiner Aktivitäten tatsächlich betreut. Dazu bedarf es einer unabhängigen Erhebung. Die Listen der UNRWA müssen an diese realen Zahlen angepasst werden. Deutsche Unterstützung für UNRWA sollte ausschließlich auf der Grundlage realer Zahlen erfolgen. Nur so kann fiskalpolitisch verantwortliche humanitäre Hilfe gelingen. Es ist haushaltspolitisch nicht vertretbar, Zahlungen für eine "Flüchtlingspopulation" zu leisten, die nur auf dem Papier existiert, deren tatsächliche Größe aber teilweise erheblich von der angenommenen Größe abweicht, im Fall der UNRWA gilt das vor allem im Libanon.
- 5. Die Bundesregierung sollte über den Deutsch-Palästinensischen Lenkungsausschuss auf die Palästinensische Autoritätsbehörde einwirken und fordern, dass diese die von ihr verantworteten und herausgegebenen Schulbücher an UNESCO-Standards anpasst. Es darf keine Erziehung zum Hass gegen Juden in UNRWA-Schulen geben, gleiches gilt auch für von der PA betriebene palästinensische Schulen.
 - a. Bei der Auswahl und Einstellung von UNRWA-Mitarbeitern (v.a. Lehrer) dürfen nur solche Personen in Frage kommen, die auf der Grundlage eines Abgleichs mit den Terrorlisten der PA und Israels nicht beanstandet worden sind.

³⁰ https://www.kas.de/web/palaestinensische-gebiete/fluechtlinge

UNRWA Übersicht der Tätigkeitsgebiete in 2017 31



31 https://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/unrwa_fields_of_operations_map_2017.pdf



Initiative 27. Januar e.V. Haus der Bundespressekonferenz Schiffbauerdamm 40 / 4302, 10117 Berlin

IBAN: DE03 5206 0410 0005 3441 66 BIC: GENODEF1EK1

www.initiative27januar.org www.facebook.com/initiative27januar Gedenkens an den Holocaust, der Bekämpfung aktiven Arbeit bildet München. land-Israel und bietet Politikberatung zu schen Bundestag in Berlin registriert.

Die Initiative 27. Januar ist ein überkonfes- verschiedenen außenpolitischen Themen mit sioneller Zusammenschluss von Bürgern und Bezug zu Israel und dem Nahen Osten. Einen Organisationen, die sich auf den Gebieten des weiteren lokalen Schwerpunkt der bundesweit

des Antisemitismus und der Förderung der Drei Arbeitsbereiche sind praktisch gelebter deutsch-israelischen Beziehungen engagieren. Ausdruck unserer Werte und Ansichten: Die po-Angesiedelt im Haus der Bundespressekonfe- litische Hauptstadtarbeit, das sozial-karitative renz mitten im politischen Berlin, publiziert Projekt Aktion Würde und Versöhnung, sowie die von deutschen Spendengeldern finanzierte der bildungspolitische Arm der Arbeit, **Zeugen** Initiative 27. Januar e.V. den zweimonatlich der Zeitzeugen. Die Initiative 27. Januar ist erscheinenden Monitoring Report Deutsch- als Nichtregierungsorganisation beim Deut-

Ihr Ansprechpartner



Josias Terschüren Direktor für Öffentlichkeitsarbeit

+49 30 995 424 86

+49 1577 14 234 05

Josias.terschuren @initiative27januar.org

@jterschuren

Videokolumne

Videokolumne März 2020

Man hat ihn als "Deal des Jahrhunderts" gepriesen*: Den Friedensplan des US-Präsidenten Donald Trump. Er stellt die Friedensbemühungen im Nahostkonflikt wieder zurück auf die Füße, nachdem sie jahrzehntelang kopfgestanden waren.

Die darin enthaltenen Prinzipien gründen überwiegend auf der nüchternen Anerkennung von Tatsachen. Nicht so sehr auf Fiktion und überholten Dogmen: Nämlich:

- 1. Dass es schon seit der Gründung des Staates Israel in dessen Unabhängigkeitserklärung, stets eine ausgestreckte Hand zum Frieden von jüdischer Seite gab. Und dass diese von den arabischen Nachbarn genauso stetig ausgeschlagen wurde. Die Palästinenser wollen bislang keinen eigenen Staat an der Seite Israels. Sie wollen ihn anstelle Israels.
- 2. Diese Weigerungshaltung der arabisch- palästinensischen Seite, einen jüdischen Staat in ganz gleich welchen Grenzen zu akzeptieren, hat als das eigentliche Kernproblem des Nahostkonfliktes zu gelten.
- 3. Trump sieht deshalb die palästinensische Seite in der Bringschuld für Frieden, nicht die israelische. Er fordert nicht mehr Israel dazu auf seine Rechte, jüdische Siedlungen und die Sicherheit seiner Bürger zu opfern, sondern verlangt von den Palästinensern, Frieden mit dem jüdischen Staat Israel zu machen, die Erziehung zum Hass und die Belohnung von Terror einzustellen.
- 4. Sein Ansatz besteht nicht mehr in der Ab- sondern in der Anerkennung israelischer Rechte: An Jerusalem, an den Golanhöhen, dem Jordantal und am biblischen Kernland Judäa und Samaria, "dem Westjordanland".
- 5. Der neue Friedensplan setzt damit einen Kontrapunkt zum gescheiterten Ansatz, Frieden zulasten Israels zu machen.

Die Bundesregierung tut sich schwer im Umgang mit dem Vorstoß der Amerikaner. Außenminister Maas begrüßte zunächst den Impuls, den Nahost-Friedensprozess wieder in Gang bringen zu wollen. Doch seine Betonung, dass "nur eine für beide Seiten akzeptable, verhandelte Zweistaatenlösung" zu einem dauerhaften Frieden führen könne, gestand den Palästinensern weiterhin de facto Vetorecht zu. Und das trotz deren Position der absoluten Verweigerung ("1000 Mal nein"). Später argumentierte die Bundesregierung entsprechend der EU-Linie, dass der Friedensplan von internationalen Parametern abweichen würde. Dabei ist doch gerade dieser Umstand die einzige Chance für eine völlig festgefahrene Situation. Berlin bildet mit seinen europäischen Partnern ein Bollwerk gegen jeglichen Impuls unseres transatlantischen Verbündeten. Zugunsten einer demokratisch nicht legitimierten, friedensresistenten palästinensischen Führung.

Es ist an der Zeit sich einzugestehen: Der Nahost-Friedensprozess ist schon lange kein Prozess mehr. Die bisherigen Ansätze haben keinen Frieden gebracht. Wir Europäer wären gut beraten nicht länger unter die Dornen zu säen, sondern ein Neues zu pflügen. Auch wenn man sicher nicht alles gutheißen muss, was Trump tut, macht er es in diesem Fall richtig vor: Der Friedensprozess ist tot, lang lebe der Friedensprozess!

Ein herzliches Grüß Gott und Schalom aus Berlin

Videokolumne Mai 2020

Israel und Deutschland – die Corona-Stegreif-Virtuosen

Die Corona-Krise dominiert die Schlagzeilen und das Leben von Menschen weltweit. Nur etwa ein Vierteljahr reichte aus, um die Schwäche globaler und zentralisierter Strukturen erbarmungslos aufzudecken. Selbst in Europa sahen sich überzeugte Verfechter der europäischen Idee zu einer Rückbesinnung auf die Bedeutung von Nationalstaat, Grenzen und nationalem Interesse gezwungen. All das wird die politische Landschaft auch nach Corona weiter prägen!

Nach der Krise wird man auch die Reaktionen von Regierungen und Institutionen eingehender bewerten. Die Verantwortungslosigkeit der chinesischen Regierung etwa, die den Ausbruch und ihr Wissen um die hohe Ansteckungsrate des Virus und dessen Verbreitung von Mensch zu Mensch wochenlang für sich behielt. Und die seither versucht ihren skrupellosen Umgang damit durch Propaganda zu kaschieren. Oder die Rolle der in die Kritik geratenen Weltgesundheitsorganisation (WHO). Es wurde auch deutlich, dass die palästinensische Führung in ihrer antisemitischen Verblendung es nicht einmal in Krisenzeiten vermag, Israel nicht zu dämonisieren und zu attackieren. Dabei profitieren die Palästinenser gerade in dieser Zeit von weitreichender Kooperation mit Israel, dessen Leitung sie in gesundheitspolitischen Fragen blind vertrauten und gut damit fuhren! Das hielt sie dennoch nicht davon ab, Israel bei den Vereinten Nationen zu verleumden und mittelalterliche antisemitische Stereotypen gegen den jüdischen Staat vorzubringen. Doch es gibt auch Lichtblicke:

Israel hat unter der Führung von Benjamin Netanjahu sehr frühzeitige und robuste Maßnahmen gegen das Corona-Virus ergriffen – lange vor den Europäern. Ein BILD-Artikel wirft Licht auf den Umstand, dass es ebenjener in Europa so verpönte Netanjahu war, der den österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz warnte und dazu veranlasste, als einer der Ersten in Europa eine härtere Gangart im Vorgehen gegen das Virus einzulegen und damit Leben zu retten. Danke Israel!

Auch die deutsch-israelische Freundschaft konnte sich wieder beweisen – und wie! Die beiden Regierungschefs Merkel und Netanjahu telefonierten miteinander, die beiden Länder unterstützten sich gegenseitig in der Heimholung ihrer Bürger. Deutschland wies gar seine diplomatischen Vertretungen dazu an, Israelis genauso zu behandeln und ihnen weiterzuhelfen, wie Deutschen, bravo!

Die Londoner Denkfabrik "Deep Knowledge Group" hat nach aufwändiger Datenanalyse beiden Ländern weltweit das mit Abstand beste Krisenmanagement in Corona-Zeiten attestiert. Israel liegt auf diesem globalen Ranking gar auf Platz eins! Um die Glaubwürdigkeit des Rankings hat sich eine intensive Debatte entwickelt, aber selbst wenn man ihm nicht glauben schenken möchte, zeigt ein Blick auf die renommierten Statistiken der John Hopkins Universität: Israel hat im Vergleich zu ähnlich bevölkerungsreichen europäischen Staaten wie Portugal, Österreich oder Belgien eine 2,5-33 -fach geringere Sterberate.

Die deutsch-israelische Beziehung, das wurde durch Corona deutlich, ist keine Einbahnstraße – und sie kann Krisen meistern! Schon der antike Vorgänger Netanjahus, König Salomo wusste: "Ein Freund liebt allezeit, und ein Bruder wird für die Not geboren."

Ein herzliches Grüß Gott und Schalom aus Berlin

Quellen:

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/corona-krise-kurz-im-interview-zur-anruf-von-netanjahu-hat-ihn-wachgeruettelt-69525136.bild.html

https://www.jpost.com/Israel-News/Germany-Israel-help-bring-each-others-citizens-home-622179

 $https://www.focus.de/gesundheit/news/das-beste-stabilitaetsranking-in-europa-weltweites-sicherheitsranking-nur-israel-managt-corona-krise-besser-als-deutschland_id_11880227.html$

Videokolumne Juni 2020

Israelische Souveränität in Judäa und Samaria?

Im Juni vor 53 Jahren befreite Israel in einem Akt der Selbstverteidigung im sagenumwobenen Sechstagekrieg unter anderem Jerusalem und das Westjordanland von jordanischer Besetzung. Im November desselben Jahres verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Resolution 242, die seither als Eckstein für die Lösung des Nahostkonfliktes gilt. In ihr wurden Israel territoriale Zugewinne unter der Maßgabe zugestanden, dass dadurch "sichere und anerkannte Grenzen" erreicht würden, um "frei von Androhungen oder Akten der Gewalt in Frieden zu leben." Um die Deutungshoheit über diese Resolution gibt es schon seit ihrer Entstehung heftige diplomatische und politische Konflikte, die bis heute andauern.

Yizhak Rabin war 1967 als israelischer Generalstabschef einer der Ersten, der das befreite Jerusalem und die Altstadt betrat. Der altgediente Militär kannte wie kaum ein anderer die strategische, historische und nationale Bedeutung der neu eingenommenen Gebiete Jerusalems, des Westjordanlandes und des Jordantals. Bald 30-Jahre später hielt er als Premierminister und Vorsitzender der Arbeitspartei 1995 eine Rede in der Knesset, in der er seine Vision für Frieden und die territoriale Lösung des Konfliktes darlegte. Für diese Vision erhielt er 1994 den Friedensnobelpreis.

Gemäß dieser Rabin-Parameter würde Israel ein vereinigtes Jerusalem als Hauptstadt, jüdische Siedlungen im Westjordanland sowie das Jordantal als östliche Grenze behalten. Kurz darauf wurde Rabin ermordet. Nach seinem Tod übten westliche Regierungen unter Drängen durch die arabische Welt verstärkten Druck auf die nationalkonservativen Nachfolgeregierungen in Israel aus. Sie entstellten die Friedensvision Rabins bis zur Unkenntlichkeit. Aus der Resolution 242, die Israel territoriale Zugewinne zugestand, war die Formel "Land für Frieden" zulasten Israels geworden. Doch diese Formel brachte den verheißenen Frieden nicht. Die bittere Erfahrung der Israelis ist seither, dass wenn sie den Palästinensern Land abtreten, von diesen Gebieten aus Terrorangriffe zu erwarten sind.

Donald Trump hat nach einer Reihe von gescheiterten US-amerikanischen Friedensinitiativen entlang dieser Linie, jetzt die Rabin-Parameter als Herzstück seines Friedensplans übernommen: So hat er das gesamte Jerusalem als israelische Hauptstadt anerkannt, Israel das Jordantal, die jüdischen Siedlungen im Westjordanland und auch die Golanhöhen zuerkannt. Die neuvereidigte israelische Regierung der nationalen Einheit hat in ihrem Koalitionsvertrag entsprechend reagiert und die Ausweitung israelischer Souveränität auf jüdische Siedlungen in Judäa und Samaria, sowie das Jordantal festgehalten. Ab dem 1. Juli kann Premierminister Netanjahu über diesen Schritt alleine entscheiden. Sein alternierender Premierminister, Benny Gantz hat die israelischen Streitkräfte bereits dazu angewiesen, sich auf die Ausweitung der Souveränität vorzubereiten.

Anders als weitläufig behauptet, handelt es sich keineswegs um eine Annexion, man kann nur Land eines anderen souveränen Staates annektieren, so wie Russland die Krim. Doch mit dem Westjordanland und Jerusalem verhält es sich eben nicht so, es gibt keinen anderen Souverän der legitimen Anspruch auf das Land hätte. Das gibt sogar der sonst so israel-kritische EU-Außenbeauftragte Josep Borrell unumwunden zu.

Doch gegen die Ankündigung Israels regt sich dennoch laute Kritik, vor allem von Seiten der Palästinensischen Autonomiebehörde (Präsident Abbas hat die Sicherheitskooperation mit Israel theatralisch abgebrochen und lässt sie seither hinter den Kulissen weiterlaufen), noch dazu wäre er ohne Israel schon lange abgesetzt oder tot.

Jordanien hat in seiner Warnung vor dem Schritt das obere Ende der verbalen Eskalationsskala erreicht. Allerdings ist das Land derart von der Sicherheitskooperation mit den USA und Israel abhängig, dass es wohl im Falle der Einverleibung des Westjordanlands durch Israel kaum riskieren wird, harte Schritte dagegen zu unternehmen.

Die Saudis hingegen brauchen die USA und Israel, um gegen den Iran bestehen zu können und erhalten zudem gerade unter US-jordanischer Vermittlung erstmalig Zugang zum Wakf – der Behörde, die die Angelegenheiten auf dem Tempelberg von muslimischer Seite her regelt. Die arabische Öffentlichkeit hat sich außerdem gegenüber den Palästinensern deutlich abgekühlt, auch von hier ist also kein nennenswerter Widerstand zu erwarten.

Der wahre Widerstand liegt in linksliberalen Kreisen westlicher Staaten, vor allem bei den US-Demokraten um die Clique der ehemaligen Obama-Administration, sowie bei den westeuropäischen Mitgliedern der EU. Diese kann allerdings nur einstimmig vorgehen, weshalb israelfreundliche EU-Mitglieder wie Österreich, Ungarn und Tschechien voraussichtlich auch diesmal dafür sorgen werden, dass harte Schritte gegen Israel ausbleiben.

Mit der Ausweitung israelischer Souveränität auf Teile des Westjordanlandes wäre dort künftig das israelische Grundgesetz gültig. Juden und Palästinenser wären nicht mehr länger unter Militärverwaltung, die eigentlich nur Übergangscharakter haben sollte und doch in Abwesenheit einer besseren Lösung mittlerweile Jahrzehnte andauert. Israelische Araber unter dem israelischen Grundgesetz sind schon jetzt die freiesten Araber des Nahen Ostens.

Ein herzliches Grüß Gott und Schalom aus Berlin!

Videokolumne August 2020

Der Iran hat die Bestimmungen des Atomabkommens übertreten. Unterschiedliche Auffassungen zum Umgang damit drohen die transatlantischen Beziehungen zu belasten. Noch dazu gefährdet ein Szenario die Sicherheit Israels.

Der Streit entzündet sich an einem Embargo konventioneller Waffen gegen den Iran, das laut dem Abkommen am 18. Oktober dieses Jahres ausläuft.

Die USA fordern im Hinblick auf Teherans regionale und internationale Aggressionen und die offen vollzogene Übertretung des Atomabkommens eine Verlängerung des Embargos. Russland und China hingegen haben für Tag Eins nach dem Embargo längst Abkommen zur Lieferung militärischer Hardware mit dem Iran geschlossen und lehnen eine Verlängerung deshalb konsequent ab.

China hat vor einigen Wochen gar eine strategische Partnerschaft mit dem Iran verkündet! So sind die Europäer das berühmte Zünglein an der Waage.

Doch diese halten bislang unbeirrt an ihrer Politik des Appeasements gegenüber dem Iran fest. Daran haben weder die Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens durch den Iran noch die wiederholten öffentlichen Vernichtungsphantasien gegenüber Israel etwas geändert.

So bleibt den USA angesichts des europäischen Appeasements und russisch-chinesischer Kollaboration mit dem Iran nur eine letzte Möglichkeit, um das Auslaufen des Embargos zu verhindern – die Brechstange: Sie müssen den sogenannten Snap-back-Mechanismus zur Wiedereinsetzung der Sanktionen einseitig verlangen. Dieses Recht steht allen Beteiligten am Aktionsplan zu, so auch den USA, laut Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrats.

Die Europäer in zweifelhafter Gesellschaft Russlands und Chinas suchen diesen angedeuteten und legitimen Schritt der Amerikaner zu verhindern, indem sie dessen Legalität in Frage stellen.

Sie haben Angst, dass dadurch das Atomabkommen wie ein Kartenhaus zusammenfiele und die darin manifestierte Utopie iranischer Friedlichkeit am rauen Felsen politischer Wirklichkeit zerschellte. Sie wollen das Atomabkommen um jeden Preis erhalten.

Alles andere forderte echte Konsequenzen, das Führen von Konflikten, denen man lieber aus dem Weg gehen möchte. Mögen sich Israel und die Saudis damit herumschlagen, mag so manch einer in Paris, London oder Berlin denken. Diesem Ansatz folgen auch zwei Autoren der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in einem Papier zum Thema:

ZITAT "Dieser sogenannte Snap-back würde nicht nur das Atomabkommen endgültig begraben, sondern auch die Autorität des UN-Sicherheitsrats stark beschädigen." ZITAT ENDE

Sie werben stattdessen um einen "europäischen Mittelweg", der im Wesentlichen vorsieht einen neuen Rahmenplan zu verabschieden, der den Ex- und Import von militärischer Hardware auf staatliche Player limitieren und die Aufhebung des aktuellen Waffenembargos an die vollständige Umsetzung des Atomabkommens knüpfen würde.

Doch dieser Vorschlag greift zu kurz und verschließt die Augen vor dem bisherigen Agieren des iranischen Regimes. Bereits seit Jahren ignoriert und verletzt der Iran mit seinen Waffenlieferungen an die Hisbollah im Libanon und an die Houtis im Jemen geltende UN-Resolutionen und befeuert regionale Konflikte! Das iranische Regime besitzt keine Glaubwürdigkeit mehr in dieser Sache!

Iranische Aggression zwingt Israel in einen kalten Krieg hinein – geführt im Libanon, Syrien, Irak und dem Iran – der mittlerweile so kalt gar nicht mehr ist und der zudem großes Eskalationspotential besitzt. Sapere Aude! Die Verlängerung des Waffenembargos gegen den Iran ist eine realpolitische Notwendigkeit.

Sollte das nicht gelingen, schaffte dies zudem einen gefährlichen Präzedenzfall für später im Atomabkommen vorgesehene Sanktionsaufhebungen, etwa gegenüber dessen Raketenprogramm. Die fatale Botschaft an den Iran lautete: Nichteinhaltung hat keine echten Konsequenzen.

Deutschlands Strategie darf deshalb nicht in einem naiven europäischen Mittelweg des Appeasements gegenüber dem Iran bestehen, sondern muss die Tatsache anerkennen und umfassen, dass dem iranischen Regime nicht zu trauen ist. Ayatollah Khamenei will nicht von dem offen propagierten Ziel der Auslöschung Israels ablassen – das ist "sein Kampf". Bloße Rhetorik und das verzweifelte Festhalten an gebrochenen Abkommen können das nicht verhindern, im Gegenteil sie setzen Teheran an den längeren Hebel – um das zu verhindern braucht es eine konsequente Politik der harten Hand.

Steht die deutsche Regierung bloß mit erhobenem Zeigefinger daneben und lässt Khamenei indifferent gewähren oder wird sie Rückgrat beweisen und sich ihm in den Weg stellen? Der 18. Oktober wird es zeigen.

Ein herzliches Grüß Gott und Schalom aus Berlin!

Videokolumne September 2020

Das Wiener Atomabkommen, kurz JCPOA, hängt in der Schwebe – wir berichteten in der Videokolumne von August. Angesichts der eklatanten Nicht-Erfüllung seitens Iran ist das eigentlich nicht weiter verwunderlich. Verwunderlich und neu ist aber, dass der Niedergang des JCPOA mittlerweile auch die globale Nachkriegsordnung mit den Vereinten Nationen im Zentrum der internationalen Gemeinschaft mit sich zu reißen droht. Der Ansatz des Multilateralismus, Probleme gemeinsam lösen zu wollen und im Streitfall den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen entscheiden zu lassen, wird gerade unterminiert. Und das mit deutscher Schützenhilfe.

Die Bundesregierung wirkt als selbsternannter Champion des Multilateralismus gerade aktiv daran mit, die Mechanismen des UN-Sicherheitsrates gegen ihn selbst auszuspielen. Und das wegen einer Politik der europäischen Selbstüberhebung zugunsten des genozidal-antiisraelischen Regimes in Teheran und zulasten Israels. Doch der Reihe nach:

Der JCPOA ist als Abkommen weder ratifiziert noch unterzeichnet worden. Das lag an den Umständen unter denen Barack Obama diesen wahnwitzigen politischen Stunt vollbringen musste. Er wusste damals, dass sein Abkommen im US-Kongress keine Mehrheit besaß und in einer gewöhnlichen Abstimmung abgelehnt werden würde. So nahm er den Umweg über den UN-Sicherheitsrat, wo er als Präsident der USA alleine über das US-Votum bestimmen konnte. Durch die Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrates stülpte Obama den Amerikanern also über, was die Mehrheit ihrer Kongressabgeordneten demokratisch nicht mittragen wollte.

Das Atomabkommen besteht seither im juristischen Sinne aus zwei unabhängigen Dokumenten: Zum Einen ist da das nicht ratifizierte Abkommen des JCPOA. Zum Anderen die Resolution 2231, die die Mitglieder des Abkommens juristisch verbindlich definierte. Sie verankerte zudem das Abkommen auf internationaler Ebene und verlieh ihm so Rechtsgültigkeit. Um den Deal trotzdem zu Hause verkaufen zu können, arbeitete die US-Regierung unter Obama einen so genannten Snap-Back-Mechanismus in die Resolution ein. Dieser sicherte jedem Mitglied des JCPOA, so auch den USA zu, im Fall von Vertragsbruch unilateral aussteigen zu können.

US-Präsident Trump setzte die Appeasement-Politik seines Amtsvorgängers nicht fort, stieg im Mai 2018 aus dem Atomabkommen aus und erließ harte US-Sanktionen gegen den Iran – alles mit gutem Grund! Damit verließen die USA allerdings lediglich die nicht bindende Übereinkunft des JCPOA und nicht Resolution 2231, die nach wie vor volle Gültigkeit besitzt. Formell und legal können die USA also weiterhin unilateral den Snap-Back verlangen - genau das bestreiten gerade die Europäer.

Jetzt kommt es zum Showdown, denn die USA lösten am 20. August offiziell den Snap-Back Mechanismus aus. Unterstützt werden sie darin von Israel und dem arabischen Golf-Kooperationsrat. Verabschiedet der Sicherheitsrat nun nicht innerhalb von 30 Tagen eine widersprechende Resolution, was die USA mit ihrem Veto verhindern könnten, träten die UN-Sanktionen gegen den Iran wieder in Kraft, der Atomdeal wäre passé.

Die Europäer wählten einen anderen Pfad zur verzweifelten Rettung des Abkommens: Sie leugnen, dass die USA nach Resolution 2231 noch Mitglied des JCPOA wären und tun so, als wäre der US-Snapback nicht gültig. Diese europäische Haltung hat viele Gründe mit höchst zweifelhafter Moral und rechtlicher Begründung. Wenn die Europäer diese Position gegen amerikanischen Widerstand im Sicherheitsrat durchsetzen oder bis zum Ablauf der 30-Tages-Frist bei ihrer Verweigerungshaltung bleiben, wird das multilaterale System des vetobewehrten UN-Sicherheitsrates vermutlich irreparablen Schaden nehmen.

Bislang so scheint es, spielen die Europäer auf Zeit – wohl in der Hoffnung, dass im November mit Joe Biden ein neuer Präsident mit der alten Politik Einzug ins Weiße Haus halten möge.

Die 30 Tage-Deadline des Snap-Backs läuft am 19. September aus – dem Tag des jüdischen Neujahrsfestes Rosh Hashana. In der jüdischen Tradition ist das die Zeit Bilanz zu ziehen über sein Verhalten, wo nötig umzukehren und sich zu guten Taten im neuen Jahr zu verpflichten. Der Bundesregierung bleibt mit dem jüdischen Neujahrsgruß zu wünschen: "Zu einem guten Jahr mögest du (in das Buch des Lebens) eingeschrieben sein."

Ein herzliches Grüß Gott und Schalom aus Berlin!

Politik-Gastbeiträge



Newsletter von Christen an der Seite Israels | Oktober 2019

Der rechtsterroristische Anschlag auf die Synagoge in Halle hat auf brutale Art und Weise gezeigt, dass es in Deutschland in 2019 wieder tödlichen Antisemitismus gibt. Juden sind bei uns nur hinter Panzerglas oder in völliger Anonymität sicher. Ein Messer-Attentat auf eine Synagoge in Berlin konnte kürzlich noch vereitelt werden, doch es scheint, es muss erst Tote geben, bevor die Politik handelt. Hoffentlich handelt.

Politiker verurteilten den Anschlag in Halle, kamen wieder einmal zu Mahnwachen und bliesen zum Kampf gegen rechts. Das ist gut so, aber zu wenig. Auch links und im islamistischen Spektrum gibt es Antisemitismus. Zudem sind Worte billig, jetzt zählen nur noch Taten, sonst droht auch uns der Verlust der jüdischen Gemeinschaft, wie in Frankreich. Staatlich bezahlte Sicherheit für jüdische Einrichtungen, die Designation der Hisbollah als Terrororganisation, die Sanktionierung des iranischen Regimes, das Israel auslöschen will, und unverfälschte Polizeistatistiken in der Antisemitismuserfassung sind mit politischem Willen direkt machbar.

Weiterführende Informationen:

https://www.bild.de/politik/kolumnen/politik-inland/nach-halle-botschaft-an-judenfeinde-und-freunde-ein-kommentar-65278264.bild.html

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/oberrabbiner-goldschmidt-fordert-handelt-endlich-und-handelt-richtig-65277558.bild.html?wtrid=kooperation.reco.taboola.free.bild.desktop

https://www.bild.de/regional/sachsen-anhalt/sachsen-anhalt-news/halle-zentralrat-der-juden-widerspricht-innenminister-65320978.bild.html?wtrid=kooperation.reco.taboola.free.bild.desktop

Newsletter von Christen an der Seite Israels | Dezember 2019

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Anfang Dezember zum ersten Mal in ihrer Amtszeit das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau besucht und dort eine sehr gute Rede gehalten. Vor ihr waren lediglich Helmut Schmidt und Helmut Kohl als Bundeskanzler in Auschwitz gewesen.

Kurz zuvor war ein international ausgefochtener Kampf um die Deutungshoheit über die vermeintliche Illegalität israelischer Siedlungen entbrannt. Die Bundesregierung folgt darin der EU-Linie – der aktuelle Monitoring Report der Initiative 27. Januar befasst sich ausgiebig mit den Einzelheiten.

Die enge Verquickung deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik gilt nicht nur bei der Kennzeichnung israelischer Waren aus den 1967 eingenommenen Gebieten, sondern auch für die Kennzeichnung der *Hisbollah* als Terrororganisation. Hier meldete der Spiegel eine später dementierte Entscheidung der Bundesregierung, die *Hisbollah* mangels Europäischer Einigkeit in der Causa nach dem deutschen Vereinsrecht zu verbieten – Deutschland führt nämlich gar keine eigene Terrorliste. Die ist auf die EU-Ebene ausgegliedert worden und da stellt sich bislang vor allem Frankreich einer Terror-Designation der gesamten *Hisbollah* entgegen.

Daneben möchten wir Ihnen die neue Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, sowie den Nachfolger Mogherinis als Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, vorstellen – einen ausgewiesenen Israelkritiker.

Weiterführende Informationen:

https://www.youtube.com/watch?v=K_PpXikL6Go

https://initiative27januar.org/monitoring-report-dezember-2019/

https://www.spiegel.de/politik/ausland/bundesregierung-plant-hisbollah-verbot-a-1298692.html

https://initiative27januar.org/eu-monitoring-report/

Newsletter von Christen an der Seite Israels | Februar 2020

Im Januar jährte sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau durch die rote Armee zum 75. Mal. Vermutlich der letzte runde Jahrestag, an dem noch Zeitzeugen mit persönlichen Erinnerungen unter uns sein werden. Entsprechend aktiv war die Bundespolitik: Bundeskanzlerin Angela Merkel besuchte die Gedenkstätte schon im Vorfeld der Feierlichkeiten, während Frank-Walter Steinmeier in der israelischen Hauptstadt vor etwa 40 Staats- und Regierungschefs eine herausragende Rede auf dem *World Holocaust Forum in Yad Vashem* hielt. Dankbar bleibt festzuhalten, dass deutsche Politiker mittlerweile gelernt haben, im Gedenken zu reden, doch jetzt müssen wir im Gedenken handeln.

Das war auch das Credo von Israels Staatspräsident Reuven Rivlin, der als erstes israelisches Staatsoberhaupt bei der Gedenkveranstaltung im deutschen Bundestag sprach. Nach einem Lob für deutsches Gedenken und bereits gemeinsam Erreichtes, schrieb Rivlin der Bundespolitik verbal ins Stammbuch, was Israel von Deutschland erwartet, worin sich heute gelebtes Gedenken und substanzielle Freundschaft ausdrücken sollte, ausdrücken müsste: Er kam dabei auf den Iran zu sprechen, die Bedrohung durch die Hisbollah, und erbat Unterstützung bei der Rückholung der sterblichen Überreste der Soldaten Hadar Goldin und Oron Shaul. Dass es hier eine erhebliche Diskrepanz zwischen Worten und politischen Entscheidungen gibt, macht Stefan Frank sehr deutlich (siehe Weiterführende Informationen).

Weiterführende Informationen:

http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/01/200123-Israel-Yad-Vashem.html?fbclid=IwAR00SjAuu9NbvDrX3rCYqUPnRa7zP_F9-QOCslee0mz8js8bQCeZHAqE66g https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw05-gedenkstunde-nachbericht-679024 https://www.achgut.com/artikel/nein_die_bundesrepublik_deutschland_schuetzt_juedisches_leben_nicht

Newsletter von Christen an der Seite Israels | April 2020

Die Corona-Krise dominiert die Headlines und das Leben von Menschen weltweit – und sie hat weitreichende politische Folgen: Weltweit hat Corona die Schwäche globaler und zentralisierter Strukturen aufgedeckt und zu einer Rückbesinnung auf die Bedeutung von Nationalstaat, Grenzen und nationaler Interessen gezwungen. All das wird die politische Landschaft auch nach Corona weiter prägen.

Nach der Krise wird man auch die Reaktionen von Regierungen eingehender bewerten. Israel hat zum Beispiel unter Benjamin Netanjahus Führung extrem frühzeitige, weitreichende und robuste Maßnahmen gegen die Corona-Krise ergriffen – lange vor den Europäern. Ein BILD-Artikel wirft Licht auf den Umstand, dass es Netanjahu war, der den österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz dazu veranlasste, als einer der Ersten in Europa eine härtere Gangart einzulegen und damit Leben zu retten. Danke Israel!

Auch die deutsch-israelische Freundschaft konnte sich wieder beweisen und wie! Die beiden Regierungschefs Merkel und Netanjahu telefonierten miteinander, beide Länder koordinierten ihr Vorgehen gegen die Krise und unterstützten sich gegenseitig in der Heimholung ihrer Bürger. Deutschland wies gar seine diplomatischen Vertretungen dazu an, Israelis genauso weiterzuhelfen wie Deutschen! Ein Londoner Think Tank hat nach aufwändiger Datenanalyse beiden Ländern weltweit das mit Abstand beste Krisenmanagement attestiert, Israel liegt hier auf Platz eins! Die deutsch-israelische Beziehung, das wurde deutlich, ist keine Einbahnstraße – und sie kann Krisen meistern! "Ein Freund liebt allezeit, und ein Bruder wird für die Not geboren." (Spr. 17,17)

Weiterführende Informationen:

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/corona-krise-kurz-im-interview-zur-anruf-von-netanjahu-hat-ihn-wachgeruettelt-69525136.bild.html

https://www.jpost.com/Israel-News/Germany-Israel-help-bring-each-others-citizens-home-622179

https://www.focus.de/gesundheit/news/das-beste-stabilitaetsranking-in-europa-weltweites-sicherheitsranking-nur-israel-managt-corona-krise-besser-als-deutschland_id_11880227.html

Aktueller Monitoring Report

NEUE Videokolumne von Israelnetz und der Initiative 27. Januar

Newsletter von Christen an der Seite Israels | Juni 2020

Die jüngste Israelreise von Heiko Maas machte deutlich, dass die deutsch-israelischen Beziehungen auf einen Wasserscheiden-Moment hinsteuern, den 1. Juli 2020. An diesem Tag wird die Bundesrepublik die EU-Ratspräsidentschaft sowie den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat antreten. Damit wird Deutschland die europäische und internationale Reaktion, auf die im israelischen Koalitionsvertrag vereinbarte Ausweitung israelischer Souveränität auf das Westjordanland, zu koordinieren haben.

Die Bundesregierung wird demzufolge Position beziehen müssen. Die Vorzeichen stehen nicht gut: Maas' Besuch im Heiligen Land machte deutlich, wie weit sich Berlin und Jerusalem auseinandergelebt haben. Die deutsche Außenpolitik wirkt gespalten. Man kann sich nicht gleichzeitig an die Brust schlagen und dann ausgerechnet den Juden in bevormundender Manier die Leviten lesen.

Dass jüdische Siedlungen in Judäa und Samaria, sowie das Jordantal, für die Sicherheit Israels unabdingbar sind, versteht man in Jerusalem – nicht aber in Berlin. Doch Israel ist ein souveräner Staat und kann souverän entscheiden. Deutschland sollte das respektieren.

Der geplante Schritt Israels, seine Souveränität auszuweiten, ist im Einklang mit den Rabin-Parametern und aufgrund der amerikanischen Friedensinitiative keineswegs ein unilateraler Schritt! Gegen das Völkerrecht verstößt er auch nicht: Israel besitzt dank der San Remo Resolution (1920) und dem Völkerbundsmandat Palästina (1922) Rechte an den Gebieten.

Diese Idee ist weder politisch rechts noch links – Rabin und Netanjahu vertreten sie beide! Aktuell steht eine Super-Groko aus 73 von 120 Abgeordneten der Knesset hinter diesem Schritt.

Wie kann eine Demokratie, wie die Bundesrepublik, sich solchen Verhältnissen entziehen?

Warum hat Maas europäischen Überlegungen in Richtung Sanktionen keine Absage erteilt und deutlich gemacht, dass Israel sich auf Deutschland verlassen kann? Stattdessen macht man sich im Auswärtigen Amt zum Sprachrohr israelkritischer Ressentiments. Eine Fortsetzung dieser Gespaltenheit deutscher Außenpolitik kann dazu führen, dass diese ab 1. Juli über den Jordan geht.

Maas hat es vorgemacht, er reiste weiter nach Amman.

Weiterführende Informationen:

https://initiative27januar.org/videokolumne_3/

https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/heiko-maas-und-die-bundesregierung-verspielen-die-freundschaftmit-israel/

https://www.israelhayom.com/opinions/israeli-sovereignty-bid-has-palestinians-in-a-bind/



Initiative 27. Januar e.V.

Haus der Bundespressekonferenz Schiffbauerdamm 40 / 5309 10117 Berlin Telefon: 030 / 1207 4228

Spendenkonto

Empfänger: Initiative 27. Januar e.V. Evangelische Kreditgenossenschaft eG Konto: 5344 166; BLZ: 5206 0410 IBAN: DE03 5206 0410 0005 3441 66

f Initiative27Januar 🎯 i27jan 🕑 i27Januar 🔠 Initiative27Januar

